

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr.

24½ Sgr.

Erläuterungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Zweimundstiezigster Jahrgang.

Inserate
1½ Sgr. für die fünfgespaltenen Beile oder deren Raum kleinen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Annoncen-Annahme-Bureaus der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Jozowicz, Markt 74 und Hrn. Krupski (C. & H. Alric & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Nogat bei Herrn Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Herrn Hermann Lassietz; in Grätz bei Herrn Louis Streitland und Herrn P. Kempner; in Bromberg G. S. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel; Haasestein & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Adolf Wosse; in Berlin: A. Kettner, Schlossplatz; H. Albrecht, Zeitungs-Annoncen-Expedition, Taubenstraße 34; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Kabath; Jenke, Bial & Freund; in Frankfurt a. M. G. L. Danke & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Amtliches.

Berlin, 16. Novbr. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Dem R. bayerischen General-Lieutenant und General-Adjutanten Sr. M. des Königs, Grafen Karl zu Pappenheim, den Rothen Adler-Orden I. Kl., sowie dem Ingenieur ein chef der Stadt Brüssel, de Samblinne, den Rothen Adler-Orden III. Kl. zu verleihen; den Appellationsgerichts-Rath Weitemann zu Frankfurt a. d. O. in gleicher Eigenschaft an das Appellationsgericht in Münster zu versetzen; und den Kreisgerichts-Rath Jungelblodt in Warendorf zum Direktor des Kreisgerichts dafelbst zu ernennen.

Der Rechtsanwalt und Notar Beer in Saalfeld ist in gleicher Eigenschaft nach Königsberg in Pr. mit Einräumung der Praxis bei den Gerichten erster Instanz, welche dafelbst ihren Sitz haben, und der Rechtsanwalt und Notar Puschke zu Liebenwerda ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht in Erfurt, mit Anweisung seines Wohnsitzes dafelbst, versetzt worden.

Die Sanitäts-Polizei und die neue Kreis-Ordnung.

Wenn irgend ein Gesetz, so bot die Kreisordnung Gelegenheit, den längst gefühlten Reformbedürfnissen auf dem Gebiete der Sanitäts-Polizei Genüge zu thun. Statt dessen scheint man gar nicht daran gedacht zu haben und die bisher bestandenen Einrichtungen werden unter diesen Umständen als mustergültig anerkannt, obgleich traurige Erfahrungen der letzten Jahre das Vertrauen darauf erschüttern sollen.

Die berufenen Organe der Sanitäts-Polizei sind bekanntlich die Kreis-Physiker, deren amtlicher Wirkungskreis außerdem auch noch die gerichtlich medizinischen Geschäfte umschließt. Der Sanitäts-Polizei unterliegen: die Beaufsichtigung öffentlicher Anstalten, Schulen, Krankenhäuser, Gefängnisse, Apotheken, Fabriken, Nahrungsmittel, Trinkwasser, Wohnungen, Neubauten, Schuhblätter-Impfung, Armen-Krankenpflege, Hinweigräumen der Ursachen zum Ausbruch der Epidemien, Maßregeln zu ihrer event. Unterdrückung, Prüfung der Apotheker-Lehrlinge, Beaufsichtigung der Medizinal-Personen u. s. w. Es liegt in der Natur der Sache, daß diese sanitäre Aufsicht nur von einem hierfür vorgebildeten und sonst geeigneten Mediziner geübt werden kann und daß seine Wirksamkeit desto erschrecklicher sein wird, mit je größerer Freiheit er sich ihr widmen kann. In dieser Beziehung ist aber zweierlei zu beklagen: erstens die ungenügende Besoldung der Kreisphysiker und dann das geringe Maß der ihnen bewilligten Selbstständigkeit.

Von sachkundiger Seite ist längst darauf hingewiesen worden, daß die sanitätspolizeilichen Obliegenheiten eine Verbindung mit andern Geschäften, z. B. denen der gerichtlichen Sachverständigen, selbst mit der kurativen Praxis, bedenklich scheinen lassen. Diese Bedenken gehen theilweise so weit. Die kurative Praxis z. B. wird den Medizinal-Beamten nicht genommen werden können, dagegen erscheint es wünschenswert: ihre Abhängigkeit von derselben zu vermindern. Das Gehalt der Kreis-Physiker beträgt 200 Thlr. (diesen Satz normirt die Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 11. Juni 1816 an den Staatskanzler v. Hardenberg.) Im Vergleich zu der Wichtigkeit der ihnen zugewiesenen Pflichten und zu deren Umfange, ist dies denn doch wahrlieb keine Besoldung, deren Zulänglichkeit jemand wied behaupten wollen. Es folgt daraus aber auch mit Nothwendigkeit, daß die Kreis-Physiker das Interesse für ihre Praxis in den Vordergrund stellen müssen oder aber, daß sie sich dem sanitätspolizeilichen Berufe nur aus Liebhaberei vollständig widmen können, wenn günstige Vermögensverhältnisse dies ihnen gestatten. Da von aber die treue Erfüllung so wichtiger Obliegenheiten abhängig bleiben zu lassen, ist eine mißliche Sache.

Ein fernerer wichtiger Uebelstand ist das schiefen Verhältniß, in welchem die Kreisphysiker zu ihren vorgesetzten Behörden stehen. Was die direkte Initiative innerhalb ihres Reiffforts betrifft, so ist beispielweise die Stellung der Kreisbaumeister hierin schon eine entschieden günstigere und es ist nicht abzusehen, warum man die ihnen zugestandenen Befugnisse nicht auch den Kreis-Medizinalbeamten gewähren soll. Der Einzige, der unter Umständen von sanitätspolizeilichen Zuständen und Maßnahmen etwas wissen kann und soll, ist der Arzt, der Physikus des Kreises. Statt daß man ihm aber frei Hand läßt, mit irgend welcher Selbstständigkeit zu handeln, hängt er vollständig von den Verwaltungsbeamten des Kreises ab, kann seine Maßregeln erst durch Vermittelung der Landräthe, der Distriktskommissarien und Bürgermeister treffen. Daraüber vergeht unnütze Zeit und die bestgemeinten Bestrebungen der Sanitätspolizeibeamten werden oft illusorisch, wenn sie sich erst mit den in Geldsachen sehr schwierigen Behörden durch lange motivirte Berichte und Verhandlungen abfinden sollen. Es ist eine bekannte Thatsache, daß die Sanitätspolizei bei den genannten Behörden als eine Rubrik behandelt wird, die möglichst wenig kostet. Und wenn dieses Sparmaßnahmen hier selbst von oben herab empfohlen und vertreten wird — wenn man dem Interesse der Sanitätspolizei überhaupt so wenig Aufmerksamkeit schenkt, daß dasselbe bei der Vorlegung eines so wichtigen organischen Gesetzes, wie einer Kreisordnung, gar keine Beachtung findet, so zeigt dies nur: daß die Bedeutung dieses Zweiges der staatlichen Fürsorge an maßgebender Stelle eben vollkommen unterschätzt wird. Es beweist aber auch nicht min-

der, in wie geringem Kontakt die wissenschaftlichen Bestrebungen der medizinischen Fachliteratur mit dem Leben stehen. Wir erinnern uns, gerade diese Frage in einigen Fachblättern sehr eingehend besprochen gefunden zu haben. Es ist aber weder davon noch von den Verhandlungen der versammelten Naturforscher und Aerzte, welche Reformen der Sanitätspolizei betrafen, etwas bis ins Ministerium des Innern, bis zu den Redaktoren des Kreisordnungsentwurfs gelangt, sonst hätte man doch wohl einige Notiz davon genommen.

Der Nothstand in Ostpreußen ist noch in zu frischem Gedächtnis, als daß wir die dort gemachten Erfahrungen schon vernachlässigen und nicht vielmehr bestrebt sein sollten, sie möglichst zu verwerten. *) Das für die dort aufgetretenen Mißstände die Sanitätspolizei verantwortlich zu machen sei, behauptet Niemand. Dagegen wird allerdings eine verständig geübte Sanitätspolizei, der die rechten Personen und die geeigneten Mittel zur Verfügung stehen, viel dazu beitragen, daß derartige Katastrophen nicht eine solche Ausdehnung erreichen, wie wir sie vor zwei Jahren zur Beschämung für unsre so vorgeschrittene Zivilisation beklagen mußten.

Wenn auch spät, kommt diese Anregung doch vielleicht noch zeitig genug, um bei der Beratung des neuen Gesetzes Berücksichtigung zu finden.

*) Schätzbares Material für die Beurtheilung der Zustände, unter welchen sich jener Nothstand bildete, enthält eine Brochure von Dr. Pausser: „Never der epanthematiscen Typhus in klinischer und sanitätspolizeilicher Beziehung nach Beobachtungen während der Epidemie in Ostpreußen 1868 und 1869 (Erlangen 1869), der wir, was den schwerfälligen Geschäftsgang zwischen den Medizinalbeamten und den übrigen Verwaltungsbüroorganen betrifft, folgende Notiz von S. 99 entnehmen: „Die Anzeige eines neuen Erkrankungsfalles geschah gewöhnlich durch den Ortschulzen, seltener durch den Hauswirth oder die Bewohner des betreffenden Hauses. Der erste referierte in der Regel nicht direkt der Kreisbehörde, sondern zunächst dem Polizeiverwalter, welcher dann an das Landratsamt berichtete. Geschah die Anzeige durch den Hauswirth oder andere Bewohner, so waren die Instanzen noch um eine vermehrt, indem zunächst wieder dem Ortschulzen dieselbe hinterbracht wurde. War die Anzeige in den Händen des Landrats, so ertheilte dieser nach seinem Gutdunken eventuell an den betreffenden Arzt die Ordre, den Kranken in Augenschein zu nehmen und seine Fortschaffung, wenn es angänglich, zu veranlassen. Seltener geschah die Anzeige mit Übergebung des Ortschulzen oder der Polizeiverwaltungen direkt an die Kreisbehörde. Immer war der Weg ein schleppender und zeitraubender. Bei der Überhäufung der Kreisbehörde mit tausenderlei Geschäften zur Zeit eines Nothstandes vergingen immer einige Tage, bis die Requisition sich in den Händen des Arztes befand. Oft waren einige Wochen von der ersten Anzeige ab verflossen, der Arzt fand die Kranken entweder genesen oder verstorben und freilich oft genug eine sichtliche Verbreitung der Krankheit von dem betreffenden Orte aus. — Außerdem hat die Kreisbehörde namentlich bei Beginn der Epidemie in Rückicht auf die Zirkularverfügung der Min. der geistl. Angel. ic. vom 27. Juli 1846 und der Ministerialverf. vom 17. Nov. 1853, in welchem die größtmögliche Sparsamkeit in Betracht derartiger Reisen der Medizinalpersonen anempfohlen wird, nicht in jedem Falle der Anzeige die Requisition erlassen, in welchem dieses nach dem Urtheile der Sachverständigen dennoch nothig gewesen wäre.“

Deutschland.

△ Berlin, 16. Novbr. Sensationsnachrichten, welche Preußen in den Augen der Leser herabzusezen geeignet sind, sei es, daß man der preußischen Regierung Absichten unterschreibt, welche zu der bisher befolgten nationalen Politik nicht passen, sei es, daß das Werk von 1866 als vom Auslande bedroht und dem Untergange nahe dargestellt wird, das ist das Lieblingsthema der undeutschen Presse, die vorzugsweise in Frankfurt und in den beiden süddeutschen Königreichen ihr Wesen treibt. Dahin gehört auch die Nachricht von der angeblich beabsichtigten Aufhebung des Sequesters, welches über die kurfürstlichen Güter verhängt. Die „Frankf. Ztg.“ meldet dieselbe ganz zuverlässig und stellt eine entsprechende Vorlage an den Landtag in nahe Aussicht. Die Bedingungen, unter welchen die Unterhandlungen zwischen Preußen und dem Erkurfürsten geführt und zum Abschluß gelangt sein sollen, sind derart, daß sie unsere Regierung in den Augen von ganz Deutschland nicht nur, sondern auch des Auslandes lächerlich und verächtlich machen müßten. Der Kurfürst sei auch diesmal zur Aufgabe seiner Rechte nicht zu bewegen gewesen. Nur das Faktum seiner Thronentzessung und Deposition gebe er vorbehaltlich einer künftigen Geltendmachung seiner Rechte von Gottes Gnaden zu. Es liegt auf der Hand, daß die preußische Regierung auf Grund solcher Bedingungen mit den Depossidirten niemals in Unterhandlung treten kann. Gerade die unausgeführte Geltendmachung der verwickten Rechte hat ja die Sequestration herbeigeführt. Rechnet man hinzu, daß gerade in jüngster Zeit erst der Erkurfürst zur Konferenz mit seinem Leidensgefährten in Hiezing war, wo die ferneren Schritte zur Wiedererlangung der verlorenen Kronen geplant worden (vergl. unter Wien), so wird man die Tollheit der Erfindung in jener Nachricht der „Frankf. Ztg.“ zu würdigen im Stande sein. Ich brauche denn auch wohl gar nicht mehr hinzufügen, daß man in den hiesigen Regierungskreisen bis zum Eintreffen des frankfurter Blattes auch nicht eine Ahnung gehabt hat von dem, was neuerdings zwischen Berlin und dem Wohnsitz des Kurfürsten vorgegangen sein soll.

○ Berlin, 16. Nov. Unter den von den Kommissarien des Hauses gestellten Anträgen befindet sich auch einer, der auf die sittlichen Zustände Berlins Bezug nimmt und eine

verschärft Praxis der Sittenpolizei fordert. Daß im Allgemeinen die sittlichen Zustände der Residenz außerordentlich viel zu wünschen übrig lassen, unterliegt keinem Zweifel, aber jeder, der mit den heutigen Verhältnissen vertraut ist, kennt auch die außerordentlichen Schwierigkeiten, die sich der Herbeiführung einer durchgreifenden Besserung in den Weg stellen. Diese Schwierigkeiten liegen da am wenigsten, wo die Kommissarien sie zu erblicken scheinen, nämlich in einer laren Praxis der Sittenpolizei, sondern sie haben ihren tiefen Grund in der Hartneidigkeit, mit der man in den maßgebenden Kreisen sich einer rationellen Regelung des Prostitutionswesens widerstellt. Allerdings ist letzteres allmälig zu einer wahren Kalamität für Stadt und Land herangewachsen, aber der Antrag der Kommissarien, der überhaupt nur die Oberfläche der ganzen Erscheinung streift, hat das mißliche, daß er die ohnehin schon in einer verkehrten Ansicht wurzelnde Neigung der Behörden mit Repressionsmaßregeln, die sich immer unzulänglich erweisen werden und im Grunde nur Del in Feuer gießen, vorzugeben, stärkt und begünstigt statt auf den richtigen Weg einer umfassenden Regelung der Prostitutionsverhältnisse hinzuweisen. Die ganze Angelegenheit verdiente dringend den vollen Ernst gesetzgeberischen Einschreitens, aber sie sollte nicht so nebenbei und obenhin in einer Weise berührt werden, welche von jeder Aufstellung bestimmter Gesichtspunkte absieht und der Behörde gewissermaßen carte blanche für alle Arten von polizeilichen Veraktionen giebt. Bekanntlich ist in Berlin mit dem System der öffentlichen Häuser definitiv 1856 gebrochen worden und namentlich dem Einfluß einer einseitigen theologischen Anschauung, die auch neuerdings demselben Gegenstande eine vielgelesene Schrift gewidmet hat, ist diese keineswegs heilbringende Maßregel zu danken gewesen. Seit jener Zeit hat sich, wie statistisch nachweisbar, der sittliche Zustand Berlins quantitativ und qualitativ in einer Weise verschlechtert, der die kühnsten Vorhersagungen weit hinter sich gelassen hat. Jede Reform auf diesem Gebiet — und sie ist kaum länger ohne ernste Gefährdung des Gemeinwohls aufzuschieben — wird damit zu beginnen haben, die seit jener Zeit gemachten Erfahrungen vorurtheilsfrei zu prüfen und sich vor allen Dingen von voreingenommenen, wissenschaftlich unhaltbaren Anschauungen zu befreien, welche mehr wie alles Andere die Herbeiführung des gegenwärtigen Zustandes verschuldet haben. Man wirft dem Polizeipräsidenten v. Wurm eine gewisse Indulgenz namentlich in Bezug auf das Ueberhandnehmen und die Haltung der öffentlichen, der Demimonde gewidmeten Lokale vor, aber es ist sehr fraglich, ob mit aller Strenge eine wesentliche Besserung erzielt werden könnte, so lange in der Hauptstadt mit ganz falschen Prinzipien operiert wird und die Erfahrungen anderer Gemeinwesen nicht berücksichtigt werden. Jede Repressionsmaßregel, die anderweit nicht unterstützt wird, hat erfahrungsmäßig keine andere Folge, als daß die Erscheinung, um deren Bekämpfung es sich handelt, in Schlupfwinkel gedrängt wird, die einen noch viel bedenklicheren Charakter tragen. Uebrigens hat die ganze Angelegenheit bekanntlich schon dem Reichstag aus Anlaß einer Petition des Zentralausschusses für die innere Mission vorgelegen. Der Referent Graf Arnim-Boitzenburg hob damals mit Grund hervor, daß die Ueberzeugung nicht zu begründen sei, daß Seitens der Behörden bei Handhabung der vorhandenen Gesetze nicht mit der erforderlichen Energie verfahren werde, sowie daß die Mittel fehlten, denselben den gehörigen Nachdruck zu geben. Er beantragte daher, die Petition dem Bundeskanzler als Material für die Bearbeitung des Strafgesetzbuchs zu überweisen und der Reichstag schloß sich diesem Antrag einstimmig an. Es ist daher vor allen Dingen auf diese Stelle zu verweisen, wenn es sich um diejenigen Maßregeln handelt, die beabsicht einer gründlichen Remedy in der fraglichen Angelegenheit zu ergreifen sind.

○ Berlin, 16. Nov. [Das Unterrichtsgesetz. Dauer der Session. Deputation aus Schleswig. Abg. Berger. Die polnische Fraktion. Schulgeldabhebung in den Kommunalen. Schillerdenkmäl.] Die Verweitung des Unterrichtsgesetzes an eine Kommission hat insofern etwas Uffälliges, als man seit dem Jahre 1866 alle derartige Vorlagen durch Vorberatung zu erledigen pflegt. Die jetzt beschlossene Kommissionsberatung ist zuerst lebhaft von dem Präsidenten v. Borckenbeck angeregt und gestern Abend in einer Sitzung, welche die Fortschrittspartei mit dem linken Zentrum gemeinsam abhielt, beschlossen worden. Den Präsidenten leiteten bei seinem Vorschlage wie in den gestrigen Fraktionssitzungen erörtert wurde, nicht nur Rücksichten auf Ueberbürdung des Hauses mit Geschäften durch die in der Schwäche befindlichen Vorberatungen, sondern vielmehr sachliche Gründe. In dem Unterrichtsgesetz sind vier große Punkte hervortretend: erstens die konfessionelle Seite, zweitens die äußere Unterhaltungspflicht der Schule, drittens die Leitung und viertens die innere Organisation der Schule. Nun ist man von der Ansicht ausgegangen, daß es in der Vorberatung sich füglich nicht würde thun lassen, diese vier Gesichtspunkte auseinanderzuhalten und dem außen Stehenden ein klares Bild des Mängels des Gesetzes und noch mehr der gänzlichen Nichtberücksichtigung aller berechtigten neuen Forderungen an das Unterrichtswesen Ausdruck zu geben. Aus einer ungeordneten Debatte, so wurde weiter, wohl in Übereinstimmung mit den Ansichten des Präsidenten, ausgeführt, könnte nur der Nachteil entstehen, daß das Haus dem Minister gegenüber seine feste Position verlieren, zumal da die Geheimsordnung dem Präsidenten nicht gestattet, die Debatte nach bestimmten Punkten zu leiten. Daher erschien die Verweitung an eine Kommission zweckmäßiger, da hierdurch die feste Ordnung der Debatte leichter herbeizuführen sei. Nun hat man dabei freilich im Auge, daß die Kommission ihre Arbeiten so fördere, daß sie gleich nach Neuteilen ihren Vorbericht erstattet habe und die Plenardebatte beginnen kann. Bei der beschlossenen Vorberatung über die Lehrer-Witwen- und Waisentassen war

das dringende Bedürfnis, diese Angelegenheit so schnell als möglich zu erledigen, maßgebend. Die Wahl des Abg. v. Bonin (Genthin) in Stelle des Abg. v. Pathow als Mitglied der Staatschuldenkommission ist gleichfalls durch die Verabredung der Fortschrittspartei und des linken Zentrums ermöglicht worden. — Schon im Laufe des morgenden Tages erwartet man das Erreichen der Vorlagen, über welche das Haus unter allen Umständen noch vor den Weihnachtsferien in Verhandlung treten will. Jedenfalls wird man unsere Ansprüche bestätigt finden, daß die Dauer der Session lediglich durch die Vorlagen des Finanzministers bestimmt wird, welche indessen kaum vor Mitte Januar in beiden Häusern erledigt sein können. — Seit einigen Tagen ist eine Anzahl von Landbewohnern aus Schleswig hier anwesend, um eine Reihe von Forderungen, die aus Kriegsbeschädigungen, Expropriationen u. s. w. herühren, geltend zu machen und deshalb mit den schleswig-holsteinischen Abgeordneten zu verhandeln. Letztere halten jedoch den Zeitpunkt, derartige Anforderungen zu erheben, für durchaus nicht angebracht, obgleich diese Forderungen von der dänischen und später von der preußischen Regierung als durchaus berechtigte anerkannt worden sind. Es ist nicht unmöglich, daß diese Angelegenheit in der Form von Petitionen später an das Haus herantritt. — Der Abg. Berger (Posen) welcher durch Überfahren von Seiten einer Hofequipe kürzlich zu Schaden gekommen, ist heute im Abgeordnetenhaus wieder erschienen, also von seiner Verhinderung völlig wiederhergestellt. — Die Nachrichten, welche über ernste Differenzen in der polnischen Fraktion verbreitet sind, werden von den Mitgliedern der letzteren als grundlos bezeichnet. Es hat indessen den Anschein, als ob diese Differenzen dennoch stattgefunden hätten, aber nun beigelegt waren. (Dass scharfe Differenzen in der That vorhanden waren, beweisen unsere Artikel in Nr. 266 und 269. Red. d. Pos. Itg.) — Gestern fand eine Beratung der aus beiden städtischen Behörden zusammengefügten Kommission von etwa 20 Mitgliedern statt, welche sich über die Frage schlüssig zu machen hat, ob das Schulgeld in den Kommunalschulen aufzugeben sei oder nicht. Nach langen, umfangreichen Debatten wurde einstimmig die Aufhebung beschlossen. — Das jüngst erwähnte Projekt des Geh. Ober-Bauraths Strack bezüglich der Aufführung des Schiller-Denkmales auf dem Gendarmenmarkt vor dem Schauspielhaus hat jüngst einer aus Künstlern gebildeten Kommission vorgelegen und dort die einstimmige Mitbilligung erfahren. Man will es versuchen durch einflussreiche Stimmen an Alberthöchst Ort vorstellig zu werden und hofft, auf diese Weise das seltsame Projekt rückgängig zu machen.

Zu dem Proponendum für die außerordentlichen Provinzial-Synoden, betreffend die Revision der Gemeinde- und Kreis-Synodalverfassung, hat der evangel. Oberkirchenrat eine umfangreiche Vorlage ausarbeiten lassen, welche den bezeichneten Synoden zugesendet ist. Es wird darin ausgeführt:

Das Inslebentreten der Verfassungs-Urkunde des preußischen Staates vom 31. Januar 1850 bezeichnete für die evangelische Kirche des Landes in Bezug auf ihre rechte Verfassung einen Wendepunkt, von dem eine durchgreifende Neugestaltung beginnen müsse; indem der Art. 15 derselben den Grundsatz proklamirt, „dass die evangelische Kirche ordnet und vermalet ihre Angelegenheiten selbstständig“, löst derselbe die durch den Gang der deutschen Reformation hervorgerufene in rechter Form ausgestattete Verbindung zwischen der Kirche und dem Staat dergestalt, dass der letztere es hinfort aufgebe, durch seine, des Staats, Behörden, die Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten zu besorgen, mitin die Kirche sich in die Verfassung segnen müsse, aus sich selbst heraus diejenigen Organe zu erzeugen, deren sie zur Führung ihrer Angelegenheiten in den verschiedenen Organisationsstufen bedürfe, die der Natur und dem Umfange ihrer Korporation entsprechen. — Die in der Kirchengemeinde vorzunehmenden Änderungen werden nach vier Richtungen hin besprochen: In Betreff 1. der bindenden Vorstagsaliste bei der Wahl des Gemeinde-Kirchenrats; 2. der Vereinigung des Gemeinde-Kirchenrats und Kirchen-Vorstandes; 3. der größeren Gemeinde-Vertretung; 4. der Kreis-Synodal-Ordnung. Es wird zu Nr. 1 in Bezug auf das aktive Wahlrecht in Vorschlag gebracht, dass wahlberechtigt alle männliche selbstständige über 24 Jahre alte Gemeindemitglieder sind, welche zu den Gemeindelasten beitragen und sich zur Wahlberechtigung in der Gemeinde ordnungsmäßig angemeldet haben. Dagegen wählbar zum Mitgliede des Gemeinde-Kirchenrats sollen alle selbstständigen Mitglieder der Gemeinde sein, welche die aktive Wahlberechtigung besitzen, das dreißigste Lebensjahr vollendet haben, einen erbaulichen Wandel führen, ein gutes Gerücht in der Gemeinde genießen und sich zum Gottesdienste und zu den Sakramenten halten. — Die Fassung der zu Nr. 2 erforderlichen Revisions-Verschreibungen wird dahin präzisiert: Der Gemeinde-Kirchenrat bildet zugleich den Kirchen-Vorstand der Gemeinde. Dem Kirchenrat verbleibt die bisherige Befugnis, Kirchenwohnsitzer, deren Zahl nicht zwei übersteigen darf, zu ernennen. Der Patron hat das Recht, von den Verhandlungen des Gemeinde-Kirchenrats persönlich oder durch Einsicht der darüber geführten Protokolle Kenntnis zu nehmen. — Zu 3 wird vorgeschlagen: Die größere Gemeinde-Vertretung vereinigt sich bei allen Verhandlungen mit dem Gemeinde-Kirchenrat zu einem Kollegium. Sie kann aber nur über die enigen Angelegen-

heiten in Berathung treten, die zu diesem Zwecke vom Gemeinde-Kirchenrat an sie gelangen. Zu Nr. 4 wird es als erforderlich bezeichnet, ausdrücklich zu bestimmen, dass Gegenstände, über die auf einer Kreis-Synode bereits Beschluss gefaßt ist, nicht zur nochmaligen Verhandlung und zur Revision dieses Beschlusses an die Bezirks-Synode gebracht werden dürfen.erner wird die Bestimmung vorgeschlagen, dass, wenn die Bezirks-Synode auf Gegenstände der Verhandlung eingreift, die nur eine einzelne Kreis-Synode betrifft, die Majorität der Mitglieder dieser Kreis-Synode befugt sein soll, die Verweisung der Sache an die nächste Synode zu beantragen.

In Betreff der außerordentlichen Provinzial-Synode in Pommern bringt die „N. St. 3.“ aus Greifswald, 13. Nov., folgende Erklärung: Die unterzeichneten Mitglieder des evangelisch-protestantischen Vereins zu Greifswald halten sich in Folge der auf Grund des Allerhöchsten Erlasses vom 5. Juni d. J. erfolgten Einberufung einer außerordentlichen Provinzial-Synode der Provinz Pommern in ihrem Gewissen für verpflichtet, öffentlich zu erklären:

Wir können diese, aus freier Wahl der Gemeinde nicht hervorgegangene „außerordentliche Provinzial-Synode“ als Vertretung der evangelischen Kirche Pommerns in keiner Weise anerkennen; wir legen deshalb als Glieder dieser evangelischen Kirche Bewahrung dagegen ein, dass den Gutachten und Beschlüssen dieser Versammlung an irgend einer Stelle die Bedeutung von Aussprüchen einer Vertretung der evangelischen Kirche Pommerns beigelegt werde. — Unterzeichner sind u. a.: Dr. Ahrens, v. Döhne, Rentier, Cecius, Kreisrichter, Dr. Fischer, Gymn.-Lehrer, Dr. Gestewitz, prakt. Arzt, Dr. Hanne, Professor und Prediger, v. Klenitz, Rechtsanwalt, Kirchenrat, Dr. Köhnt, prakt. Arzt, Kreis-Kreisrichter, Dr. C. Krey, Labahn, Maschinengärtner, Dr. v. Noorden, Professor, Dr. Peters, Professor, Schriftsteller, Buchhändler, Dr. Schirmer, Professor, Schmidt, Syndicus, Dr. Schulze, Senator, J. G. Soemelius, Professor, Westphal, Kreisbaumeister, Woltersdorf, Pastor Wuhnenow, Kreisgerichtsrat, Dr. Siebm, Rechtsanwalt.

Der Finanzminister Camphausen soll, wie der „Magd. Itg.“ geschrieben wird, nach Genehmigung seines Planes in Betreff der Verwandlung eines Theils der preußischen Staatschuld in eine unkündbare Rente im Stande sein, nahe an 80 Mill. Thlr. 4 und 4½% prozentige Obligationen in Rente zu konvertieren, so dass also schon sofort mit dem Inkrafttreten des Gesetzes eine erhebliche Ersparnis eintreten. Die Summe steht sich aus Fonds zusammen, auf welche die Finanzverwaltung einen durchaus bestimmenden Einfluss hat. Es befinden sich ferner in der Militär- und Justiz-Offizianten-Wittwenkasse bedeutende in 4 und 4½% prozentigen Papieren angelegte Kapitalien. Der noch nicht emittierte Theil der Eisenbahnanleihe von 1868 würde sofort als Rente ausgegeben und somit hier auch die 1% prozentige Prämie erwartet werden.

— Die norddeutsche Adress-Deputation, welche, wie schon mitgetheilt, beim Minister des Inneren und dem Könige vergebens Audienz nachgefragt, findet auch bei dem dänischen Gesandten Dr. v. Quaae die keine Unterstützung. Diesem ist die Weisung zugegangen, sich der Deputation nicht anzunehmen, da dieselbe aus preußischen Unterthanen zusammengesetzt sei, deren Protektion unziemlich sein würde, wie sehr man sonst auch mit ihnen sympathisiere.

Neuwied, 15. Nov. Die ganze Stadt ist aus Anlass der Feier im Schlosse festlich geschmückt und erleuchtet.

Koblenz, 16. Nov. (Tel.) J. M. die Königin hat gestern mit der Großherzogin und der Prinzessin Wilhelm von Baden den Vermählungsfeierlichkeiten im Schlosse Neuwied beigewohnt. Auf dem Diner brachte J. M. einen Toast auf das Wohl des Fürsten Karl und seiner neuvermählten Gemahlin, sowie auf das Wohl Rumäniens aus. Des Abends traf die Königin mit ihrem hohen Besuch wieder hier ein. Die Großherzogin von Baden und die Prinzessin Wilhelm kehrten heute Abend nach Karlsruhe zurück.

Melsungen, 13. Novbr. Der vom Amt suspendierte Metropolitan Bilmann wollte, von der Gemeinde dazu aufgesondert, Bibelstunden halten und morgen auf dem Rathaus damit beginnen. Er hielt sich durch das Versammlungsrecht dazu berechtigt; es wurde ihm jedoch die Abhaltung von Bibelstunden bei einer Synode von je 20 Uhr für jede Stunde unterstrichen. Die Bibelstunde wird, wie die „Dess. B.-Z.“ sagt, trotzdem stattfinden. „Im § 12 der preußischen Verfassung wird die gemeinsame häusliche und öffentliche Religionsübung gewährleistet und § 29 lautet: Alle Preußen sind berechtigt, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln. Das Konistorium steht wohl über der Verfassung?“

Sonderburg, 16. Nov. Die „Düsselpost“ veröffentlicht

Die Wissenschaft als solche ist wenig polemisch, wenig kriegerisch und nicht wie die Kirche, eine ecclesia militans; sie ist oft genug, um tausend Schritte dem Gesamtwissen der Völker voraus; sie steht oft scheinbar ganz isolirt und ist doch mächtig genug, um selbst ohne positives Eingreifen von der Gewalt des Gedankens allein zu erwarten, dass die Dinge kommen müssen. Daher ist die Wissenschaft auch niemals in diesem Sinne revolutionär, wie wir das oft genug hören. Sie ist freiheitlich auch nicht konserватiv; aber indem ihr Fortschritt ein regelmäßiger und beständiger ist, so schreitet sie dem Gesamtwissen in der Regel voran und ist sicher, dass allmälig jeder denkende Mensch ihre Wahrheiten begreift.

Gegenwärtig, wo die Entwicklung der Presse, der Vereine, wo der Verkehr der Menschen bei der verbesserten Kommunikation eine so rege Beteiligung allen Einzelnen möglich macht, wird es allmälig von Interesse, die Verbindung der Wissenschaft mit dem Leben enger zu knüpfen, die Beziehungen der Gelehrten zu den Massen auf einen anderen Fuß zu bringen und damit auch die ganze Masse des Volkes mehr und mehr Theil nehmen zu lassen an den unmittelbaren Bewegungen, welche die Gemüthe der Gelehrten erfüllen und das ist es, was wir hoffen in diesen Volksakademien und Humboldt-Museen, welche wir anstreben. Gegemäßigt handelt es sich darum, dass die Wissenschaft nicht blos trennt, dass sie nicht blos scheidet, sondern es handelt sich darum, im Stabe Humboldts zu zeigen, dass sie auch vereinigt und wenn es uns gelingen sollte, in diesem Sinne vorwärts zu gehen, so meine ich, würde das der größte Triumph sein, welchen wir selbst erleben, der größte, welchen wir dem Geiste Humboldts darbringen könnten.

Humboldt hat seine bevorzugte Stellung durch große Opfer erkauft. Er hat erst das Opfer gebracht, ein politischer Mann zu sein, was ihm so leicht gewesen wäre. Humboldt hat auf alle Freuden der Familie verzichtet, um nur der Wissenschaft zu leben, dafür hat ihm aber auch diese Wissenschaft mit vollen Händen geboten. Sie hat es ihm gestattet, jene Vereinigung aller dieser vielen zerstreuten Zweige zu einem wirklichen Kunstwerk der Natur zu Stande zu bringen, welches uns nunmehr nicht blos wissenschaftlich, sondern auch künstlerisch ästhetisch befriedigt und welches damit weit erhaben ist über jene oft so schwierigen Werke der bloßen Gelehrten.

Das ist das Erste, was wir suchen müssen: Auf einen gemeinsamen Boden der Debatte zu kommen in dem Streite darüber, was wahr ist und was nicht wahr ist. Man sagt, die Wissenschaft kann das nicht leisten, sie kann uns nicht vollen Aufschluss bieten, sie ist unvollkommen, unvollständig und kann nur ergänzt werden durch etwas, was außerhalb der Wissenschaft liegt. Das Eine ist unzweifelhaft ganz richtig; die Wissenschaft ist unvollkommen und unvollständig! wäre sie das nicht, so würde ja an sich jeder Fortschritt aufhören; wir würden nichts mehr thun können, als in konservativer Weise uns der Pflege des Hegebrachten zu unterziehen. Die Wissenschaft verweist uns auch auf die Zukunft, aber im Diesseits; die Wissenschaft hat die Auersicht, dass es ihr gelingen wird, schon im Diesseits aufzufinden, wie dies zusammenhangt. Aber ob das morgen geschehen wird, oder übermorgen, nach einem Jahre, nach zwanzig Jahren, nach einem Jahrhundert, das kann Niemand sagen. Aber das können wir sagen: dem Menschen geschieht es wird es beschieden sein, dieses zu wissen und zwar durch seine eigene Kraft und Thätigkeit. Wenn Sie daran denken, dass selb. Humboldt, als man ihm zuerst davon erzählte, dass man hebstigste Telegraphen zu machen, sagte, das werde immer nur eine Spielerei bleiben; wenn Sie daran denken, dass, als man seinem Altersgenossen Napoleon, vorschlug, der neuen Erfindung des Dampfes sich für seine Zwecke zu bedienen, er sagte: das ist eine Absurdität; so werden vielleicht viele von uns augenblicklich auch diesen oder jenen tiefen Gedanken der Naturwissen-

einen von vielen Bauern unterzeichneten Schmähartikel, in dem gegen die deutschen Wähler Drohungen ausgestoßen werden. Auf Veranlassung dänischer Agitatoren ziehen Landleute massenhaft in die Stadt, um den Wählern zu imponieren. Es herrscht große Aufregung. Die Stadtverordnetenwahl beginnt um 1 Uhr.

Neustrelitz, 15. Nov. Nachdem der Prinz Biron von Kurland vor einigen Tagen mit dem Großherzoge über den Bau einer Eisenbahn von Berlin über hier nach Rügen konferierte, ist gestern der Fürst von Putbus zu demselben Zwecke hier eingetroffen und hatte im Laufe des Vormittags eine Audienz bei dem Großherzoge.

Karlsruhe, 16. Nov. (Tel.) Die Abgeordnetenkammer verhandelte heute über den Gesetzentwurf, betreffend die Einführung der obligatorischen Zivilehe. Die Generaldebatte währt 7 Stunden und war äußerst lebhaft. Morgen beginnt die Spezialdebatte.

München, 16. Nov. (Tel.) Die Antwort der hiesigen juristischen Fakultät, auf die das Konzil betreffenden Fragen lautet im Wesentlichen wie folgt:

Durch die Dogmatisirung der Sätze des Syllabus und des Sages von der Unfehlbarkeit des Papstes wird an und für sich eine Veränderung der verfassungsmäßigen, gesetzähnlichen Beziehungen zwischen Staat und Kirche nicht bewirkt. In Anbetracht jedoch, dass voraussichtlich der Versuch gemacht werden würde, dieser Dogmatisirung auf gesetzlichem Wege eine praktische Wirksamkeit zu verschaffen, wäre durch dieselbe das bisherige Verhältnis zwischen Staat und Kirche prinzipiell umgestaltet und beinhaltete die gesamte Regelung bezüglich der Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche in Bayern in Frage gestellt.

Oesterreich.

Wien, 14. Nov. Gestern ist nun endlich auch der galizische Landtag geschlossen worden, in der Schlafrede forderte der Landmarschall Fürst Sapieha auf, trotz der nicht erfolgten Sanktion einiger Gesetze bei dem Streben nach der weitesten Autonomie auszuhalten. Die Einführung der polnischen Sprache sei eine wichtige Errungenschaft und sei, wenn auch nur administrativ, so doch gewissenhaft ausgeführt, vielleicht gewissenhafter, als gewünscht wurde. Eine erfreuliche Grundlage zur Versöhnung der lange hadernden Bruderschaften sei gelegt worden. Nachdem ein dreimaliges Hoch auf den Kaiser ausgebracht worden, dankte Statthaltereileiter v. Possinger für die gütige Rücksicht, sicherte eine gewissenhafte Gesetzesausführung zu und kündigte die volle Einführung der polnischen Sprache bis zum neuen Jahre auch bei den Finanzbehörden an, trotz der Schwierigkeiten und des dafür eingeräumten dreijährigen Termins. — Die „Presse“ nimmt aus dem nunmehr erfolgten Schlusse sämtlicher Landtage Anlass, auf die Stellung der selben zur Frage der Wahlreform zurückzukommen; sie erklärt die Beschlüsse der Landtage für so widersprechend, dass es kaum möglich sei, daraus die verlangte „generelle Linie“ herauszufinden. Auf die Frage, ob die direkte Wahlen einzuführen, haben von 17 Landtagen 9 zustimmend, 4 (Tirol, Krain, Görz und Bukowina) ablehnend, 4 (Galizien, Dalmatien, Istrien und Triest) gar nicht geantwortet, d. h. es hat sich dort kein Mitglied getraut, diese Frage auch nur aufzuwerfen. — Im „Wanderer“ wird von czechischer Seite ein formelles Ausgleichungsprogramm entwickelt. Die Czechen wollen das Neuherrere, das Heer, die Finanzen und den Handel als gemeinsame Angelegenheit gelten lassen, für Inneres, Justiz, Unterricht, Landeskultur und die zu diesen Departements gehörige Finanzgebühr verlangen sie aber legislative und executive Gewalt in abgesondert Weise für die Länder der böhmischen Krone. — Dem „Pesther Lloyd“ geben über die hiesinger Kolonie von hier aus folgende authentische Mitteilungen zu:

Der König hatte den Regierungsrath v. Lagay nach Süddeutschland entsendet, damit er Bayern, Württemberg und Baden bereise, die Stim-

schaft und ihrer angewandten Fächer für eine Absurdität, für etwas Unmögliches erachtet. Und doch, wenn Sie auf die Geschichte der hundert Jahre zurücksehen, welche Humboldt in seinem Leben in naher umfassend, welche unglaublichen Veränderungen sind da vorgegangen in den Anfängen der Menschen!

Humboldt hatte noch keine wirkliche Vorstellung von der großen Entwicklung unserer Tage, welche sich in dem Geseze der Aequivalente der Kräfte auspricht, er hatte noch keine Idee davon, dass man für ein gewisses Maß von Wärme eine rechnungsmäßig feststellende Menge von mechanischer Arbeit zeigen kann und umgekehrt. Es ist dies ein Gesetz, welches zum ersten Male Allen anschaulich den Widerstreit zwischen Mechanik und Dynamik aufzeigt.

Diese und eine Menge anderer Neuerungen zeigen, dass die Wissenschaft unvollkommen, aber auch, dass sie berechtigt, mit Siegesgewissheit dem Siele nachzustreben, alles Erreichbare zu ergründen im Dienstes.

Die bloße Erkenntnis aber ist es nicht, welche die menschliche Erfreidigung gewährt. Einzelne mögen in bloher Geschäftlichkeit des Wissens mit einer Behaglichkeit des Anschauens befriedigt sein, aber sie sind es doch immer nur auf kurze Zeit, wenn sie nicht Buddhas werden sollen, die ihr Glück im reinen Nichts finden. Das Wissen gewährt immer nur zeitweise Erfriedigung. In dem Augenblide, wo ich etwas durch mich oder Andere erfahre, werde ich befriedigt sein; aber dieses Gefühl hält eben so wenig an, wie die Sättigung nach einer guten Mahlzeit. Der Hunger des nächsten Tages wiederholt sich und wenn Sie ihm morgen unglücklich sein, wenn nicht die Welt inzwischen sich verändert hätte! Die wahre Erfriedigung liegt im fortwährenden Wissen, nicht im Genuss haben, sondern in dem immer neuen Genießen, das immer neues Schaffen voraussetzt. Dieses thätige Wissen, das immer weitere Fortschritte macht, bildet das große Geheimnis, das Humboldt bis zu 90 Jahren noch als Jungling erscheinen ließ, ihm jenes friedliche Glück mitten in den Stürmen seiner Zeit verschaffte und ihm geblieb, am Ende seines Lebens eine gefüllte Schatzkammer seines Wissens dem Volke darzubieten.

In diesem Arbeiten, thätigen Benutzen des Wissens liegt die fühlliche Bedeutung, welche die Naturwissenschaften gewinnen, darin beinhaltet sich am meisten jene unerschöpfliche Wahrheitsliebe des Naturforschers und Naturfreundes. Man kann der Natur gegenüber nicht mit dem blohen Scheine, mit Hypothesen, am allerwenigsten mit der Lüge auskommen! Es würde dies vergeblich sein, namentlich in unserer Zeit, wo viele gleichzeitig arbeiten und wo diese Arbeiten der Gelehrten einen der schärfsten Prüfsteine der Wahrheit darbieten. Der Naturforscher wird erzogen in der Pflicht der Wahrheit; in der Uebung dieser Pflicht liegt die Fortbildung des Naturforschers. Darum hat auch Humboldt sich stets als wirklich guter Mensch dargestellt und so schloss der Redner — so hoffe ich auch, dass wenn hier eine Pflanzstätte nicht blos für das Wissen, sondern auch für das Arbeiten in der Natur geschaffen ist, das dann nicht nur ein Geschlecht erzeugen werde, dem die Naturwissenschaft außerordentlich nützlich für das Leben ist, nicht blos ein Geschlecht, das eine gewisse Befriedigung des Wissens findet, sondern das in wirklich stützlich erster Arbeit sich beinhaltet wird an dem weiteren Aufbau des menschlichen Wissens, der menschlichen Freiheit und Selbstständigkeit und vor Allem der menschlichen Denkfreiheit. Dann wird eine Quelle unvergänglichen Glücks der Einzelnen geschaffen sein, denn es gibt kein größeres Glück, als ein wirklich freier Mensch im Geiste und in der Wahrheit zu sein! (Vedhafer Beifall.)

mung des Volkes kennen lerne und für eine Restauration des hannoverschen Königthums wirke. Herr v. Lagay hatte vor kurzem diese Mission vollendet und der Ex-Kurfürst von Hessen-Kassel wurde eingeladen, zur Entgegnahme des Berichts nach Hiezing zu kommen, welcher Einladung vor wenigen Tagen Folge geleistet wurde. Die beiden Depositirten werden auf Grundlage des Berichts ihre weiteren Operationen leiten. Ein positives Resultat jener Konferenz ist eine Broschüre, welche in einigen Tagen vom Stapel laufen und den Anteil, welchen der Ex-König an den Kalamitäten der Wiener Bank angeblich haben soll, einer eingehenden Erörterung unterziehen wird. Weiter wurde auch bei der Anwesenheit des Ex-Kurfürsten der projektierte Aufbau eines hiesigen, gegenwärtig auf ziemlich wackeligen Füßen stehenden Journals um den Preis von 30.000 Gulden zur Sprache gebracht. Die Sache scheint so gut, wie abgemacht zu sein, da die Person des natürlich vorgeschobenen Eigentümers bereits genannt wird, dessen in ganz Deutschland wohlbekannten Namen ich aber aus Rücksicht für ihn vorläufig verschweigen will.

Kattaro, 15 Nov. (Tel.) Nach amtlichen Berichten ist ein bedeutender Theil der aufständischen Bezirke unterworfen. Der Aufstand beschränkt sich nunmehr auf die beiden Distrikte Kriessow und Lednic. Gegen die Unterworfenen wird mit großer Schonung verfahren. Die Wiedereröffnung der Operationen gegen die noch nicht unterworfenen Bezirke wird heute erwartet.

Pest, 15 Nov. (Tel.) Zwischen dem linken Zentrum und der liberalen Reformfraktion der bisherigen Deakpartei (zu welcher Deak selbst und Czerny gehören) finden gegenwärtig Verhandlungen bezüglich einer Fusion statt. Die Parteiführer hoffen, durch diese Fusion einen die an Zahl überlegene ministerielle Fraktion der Deakpartei ein Gegengewicht zu gewinnen.

B e l g i e n.

Brüssel, 16. Nov. (Tel.) In der Repräsentantenkammer erklärte die Regierung auf die Interpellation Dumortiers die Ansicht, es seien Verdächtigungen im Schoosse des Ministeriums ausgetragen, sei eine irrtümliche Was den Eisenbahnvertrag mit Frankreich betreffe, so enthalte dieser die bereits bekannt gegebenen Bestimmungen. Nichtsdestoweniger sei die Regierung bereit, die Aktenstücke über diese Verhandlungen auf den Tisch des Hauses niederzulegen. Damit war dieser Gegenstand erledigt. Eine Debatte fand nicht statt.

F r a u k r e i c h .

Paris, 14. Nov. Die Periode der öffentlichen Versammlungen naht, wie der „Kölner“ geschrieben wird, ihrem Ende. Von den Eidmeistern ist nicht mehr viel zu befürchten; die Versammlungen selbst haben sich gegen dieselben erklärt, wozu der Umstand bedeutend beigetragen hat, daß sie nicht vor den Wählern erschienen. Ledru-Rollin giebt indeß die Partie nicht völlig verloren und hat heute dem Revier ein zweites Manifest an die Wähler überbracht, worin er seine Kandidatur aufrecht erhält. Wollen die Wähler des dritten Bezirks, welche einen großen Beweis ihres Patriotismus gegeben haben, indem sie einen Abtrünnigen vertrieben — wollen sie einen noch größeren geben, indem sie die Feinde des allgemeinen Stimmrechts werden? Wollen sie, können sie es, wenigstens in einem ersten Wahlgange, versuchen? Wenn sie dazu entschlossen sind, mögen sie es sagen: mein Name gehört Ihnen.“ Es ist durchaus nicht zu erwarten, daß die Wähler des dritten Bezirks auf diese Fragen bejahend antworten werden. Obgleich im Uebrigen das Manifest Ledru-Rollins vor dem ersten den Vorzug größerer Klarheit und einer wahrhaft politischen Sprache besitzt. Aber was mehr ist — die Ausfertigungen sind seit gestern ganz bedeutend gefüllt; das Publikum beginnt seiner müde zu werden. Auch die verfehlte Serbung nach London gereicht ihm zum Schaden; man erzählt allgemein, er sei unfreundlich genug von Ledru-Rollin aufgenommen worden. Es muß heute als wahrscheinlich gelten, daß im ersten Bezirk Carnot, im dritten Crémieux, im achten Arago den Sieg davon tragen werden; die Stellung Brissons im vierten Bezirk ist dagegen zweifelhafter. — Der Advokat Alexander Loya, Kandidat im vierten Bezirk, ist bei dem Tribunal erster Instanz der Seine gegen den Minister des Innern schadensfrei geworden, weil ein Agent des Letzteren, nämlich ein Polizeikommissar eine Wählersammlung ohne hinreichenden Grund aufgelöst und so dem Kläger die ihm gesetzlich zustehende Frist für die Stellung seiner Kandidatur unrechtmäßig verkürzt habe. Dr. Loya verlangt von dem Minister des Innern einen Schadenersatz von 20.000 Fr., welche er zur Gründung einer Kasse für die Unterstützung unabhängiger Wähler bestimmen will. Merkwürdiger Weise ist diese Klage ohne Rücksicht auf den bekannten Artikel 75 von dem erwähnten Gerichtshofe wirklich zugelassen worden. — Wie der „Moniteur“ vernimmt, wird die Kaiserin bei der feierlichen Eröffnung des Suezkanals Herrn v. Lesseps zwei kaiserliche Dekrete überreichen, durch welche dieselbe zum Senator und „Herzog von Suez“ ernannt wird.

Paris, 16. Novbr. Die Zeitungen veröffentlichten einen Hirtenbrief des Bischofs von Orleans, Dupanloup, in welchem derselbe die Geistlichen seiner Diözese auffordert, die Frage der persönlichen Unschärbarkeit des Papstes für jetzt als inopportunit zu lassen. Der Bischof tadelte den Ungehorsam verschiedener klerikalischer Blätter, wie namentlich „Univers“ und „Civilta cattolica“, welche „die Debatte über diese delikate Frage eröffnen und so die Entscheidung des Konzils voregrenzen“. — Wie mehrere Morgenblätter berichten, ist die Verlesung des Manifestes der Linken gestern Abend in einer 2000 Personen starken öffentlichen Versammlung mit Gelächter und Pfeifen begleitet worden. Die Versammlung hat mit allen gegen 3 Stimmen ein Misbilligungsvotum gegen Gambetta beschlossen.

I t a l i e n .

Florenz, 12. Nov. Nebst den Verlangen des Königs zu beichten und die Sakramente zu empfangen, berichtet ein hiesiger Korrespondent des „Osservatore romano“:

Der König ist von der durch den Papst gegen die subalpinische Regierung (gubernium subalpinum) gescheuderten kleinen Exkommunikation mit betroffen. Wenn die unter den kleinen Exkommunikation stehende Person in Todesgefahr gerath, so darf ihr Niemand ohne eine besondere Autorisation des Papstes die Sterbesakramente reichen und der Papst knüpft hieran diese oder jene Bedingung. Ausgenommen ist nur der eine Fall, wenn der Tod so nahe hervorsteht, daß die päpstliche Ermächtigung nicht eingeholt werden kann. Dieser Fall lag beim König Viktor Emanuel vor, ich glaube deshalb, daß man ihm die Absolution folglich ertheilt hat, aber unter Vorbehalt der päpstlichen Zustimmung im Halle der Genesung. Als der König 1866 in den Krieg zog, sandte er seinen Almosenter, Mar. Stellardi, an den Papst und ließ für diesen um die Gunst nachsuchen, daß er ihm falls des Todes die Absolution ertheilen dürfe. Der Papst gab die gewünschte Ermächtigung, aber nur für die Dauer des Krieges.

Wie man erzählt, ist der Pfarrer von San Rossore merk-

würdiger Weise nicht aufzutreiben gewesen; man mußte sich mit einem im Spital stationirten Kapuzinermönch behelfen, welcher dem König Absolution und Sakrament ertheilte. Man will ferner wissen, daß der König, unter Zustimmung des Kronprinzen Humbert, sich seine Geliebte, die bekannte Rosine, habe kirchlich antrauen lassen; zur gesetzlichen Gültigkeit einer Ehe ist in Italien jedoch die bürgerliche Eheschließung nothwendig.

Die Subskriptionen für die Kirchengüter an alle haben einen sehr guten Fortgang genommen; sie sind jetzt außer den ursprünglich festgesetzten 60 Millionen noch auf 130 Millionen ausgedehnt worden, wodurch der Schatzdienst für das ganze nächste Jahr gesichert wäre. Im Finanzministerium herrscht die größte Thätigkeit, um mit dem neuen Jahre die Finanz-Intendanten zu organisieren, um das neue von den Kammern bereits genehmigte Komptabilitätsgebot in Ausführung zu bringen. Graf Cambray-Digny wird dabei von dem Unterrichtsminister Bargoni, der in Rechnungssachen und in bürokratischen Organisationen sehr bewandert ist, persönlich unterstützt. Die Angabe, daß Cambray-Digny die Absicht habe, die drei von dem Privat-Komitee der Kammer zurückgewiesenen Finanzkonventionen mit einigen Modifikationen wieder einzubringen, ist verfrüht, da mit der Nationalbank noch keine Vereinbarung über diese Modifikation zu Stande gekommen ist. Zu den ersten Vorlagen, welche der Minister der öffentlichen Arbeiten einbringen wird, gehören die Eisenbahn-Konventionen, deren Diskussion in der vorigen Session durch die Lobbiasche Affaire auf eine sehr ungewöhnliche, den Interessen des Landes höchst nachtheilige Weise unterbrochen wurde.

Ein sardinisches Blatt bringt die Nachricht, daß Garibaldi wieder einen heftigen Sitzungsfall gehabt habe der ihm seit einigen Tagen den Gebrauch seiner Glieder, folglich auch das Schreiben verwehrte. Einige hielten diese Nachricht für einen ironischen Rath an Garibaldi, seine Briefschreiber einzustellen, doch scheint sich dessen Unwohlsein wirklich zu bestätigen. Was seine letzten Briefe anbelangt, so ist es gewiß, daß sie von allen Parteien geteilt werden, selbst die mazzinische „Unita italiana“ ist damit nicht zufrieden.

Florenz, 16. Nov. (Tel.) Die Besserung des Königs schreitet so schnell fort, daß die Reise desselben nach dem Süden an Wahrscheinlichkeit gewinnt. Verschiedene Blätter wollen sogar wissen, der König werde bereits Sonnabend in Florenz erwarten und sich alsbald nach Neapel begeben. — Die Verurtheilung Lobbias rief heute eine Zusammenrottung hervor. Die Menge brachte Hochs auf Lobia aus. — Die Opposition wird Mancini als Kandidaten für das Präsidium der Deputirtenkammer aufstellen.

R u s s l a n d u n d P o l e n .

!! **Petersburg**, 10. Nov. Nach einem neuern Erlass sollen da, wo Mittheilungen in ausländischen Zeitungen und Schriften durch Ueberstreichen mit einer Farbe den Lesern entzogen werden sollen, solche Tuschens oder Flüssigkeiten angewendet werden, die nicht durch das Papier dringen und auch auf der Rückseite des bestreichenen Blattes den Druck unkenntlich machen. Die in diesem Erlass sich aussprechende Absicht, dem Leser mit dem Entziehen als unzulässig erachteter Stellen nicht auch andere erlaubter Stellen unzugänglich zu machen, wäre sehr läblich, wenn nicht weiterhin gesagt wäre, daß in Fällen, wo die Uebertünchung in größerer Ausdehnung angewandt werden müßte, man lieber die betreffende Stelle ausschneiden oder auch das ganze Blatt konfiszieren möge. — Seit einigen Tagen wird hier auf einen Gecken mit deutschen Namen, Adolph Böhm, Jagd gemacht. Derselbe hat unter dem Vorzeichen, als Agent des panslawistischen Komites für Zwecke des Vereins zu wirken, durch längere Zeit sein Wesen hier getrieben, und nicht nur Geld gesammelt, sondern Schriften, den Panslawismus betreffend, auch andere verbotene Brochuren und Flugblätter verbreitet. Er ist wohl gewarnt worden, denn als man hinter sein Treiben kam, und ihn festnehmen wollte, war er mit Hinterlassung seines österreichischen Passes verschwunden. Wie ermittelt worden, hatte er kurz vorher bei einem hiesigen Banquier gegen 4000 Rubel in österr. Banknoten umgewechselt. — Nach einem eben ergangenen Körpersbefehl sollen in Zukunft die ausgedienten Soldaten (von der vorjährigen Einstellung an gerechnet) beim Garde-Korps nicht entlassen werden, wenn sie nicht in den Militärschulen, an denen Unteroffiziere und Offiziere Unterricht erhalten, lesen, schreiben und nach dem Rechenbrett die vier Spezies rechnen gelernt haben.

T ü r k e i u n d D o n a s s u r f e n t h ü m e r .

Damaskus, 12. Nov. (Tel.) (Berspatet eingetroffen.) Der Kronprinz von Preußen traf gestern Abends hier ein und wurde von einer großen Volksmenge lebhaft begrüßt. Die Stadt war illuminiert. Heute besucht der Prinz die Bazarb und die Umgebungen und begiebt sich morgen in aller Frühe nach Balbeck. (Die Rückfahrt nach Beiruth und Abreise von da nach Port Said ist bereits gemeldet.)

W i t t e n .

— Die neueste, mit dem Lloyd-dampfer „Saturno“ am 12. in Triest eingetroffene Ueberlandpost bringt folgende Daten: Kalkutta 19., Bombay 23. Okt., Hongkong 30. Sept. Aus dem persischen Golfe wird gemeldet, daß in Muskat auf das britische Kanonenboot „Glyde“ gesetzt worden sei. Das britische Kriegsschiff „Daphne“ sollte sich von Bombay dorthin begeben. — Abdulrahman Khan, der Schicksalsgefährte des unlängst verstorbenen Ex-Emirs von Kabul, Mahomed Ayim Khan, soll sich wieder nach Teheran gewendet haben. Die Turkmänen haben neuerdings Einfälle auf persisches Gebiet bei Astarabad gemacht. — Die Nachricht von einem Kampfe zwischen den Truppen des Kutschbegi von Kaschaar und den Russen wird bestätigt.

B o m B a n d t a g e .

20. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin, 16. November. Eröffnung um 10 Uhr. Am Ministrertisch v. Müller, Camphausen, Lohmann und Graf Cullenburg. — Der Finanzminister legt zwei Gesetzentwürfe vor: 1) betr. die Konsolidation preußischer Staatsanleihen. Für die Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung empfiehlt der Minister den Druck der Vorlage abzuwarten, dann aber eine beschleunigte Beratung des Gesetzes eintreten zu lassen, weil durch dasselbe die Regelung der Finanzen bedingt ist. (Das Haus ist damit einverstanden.) — 2) betr. die Aufhebung der Wahl- und Schallsteuer und Einführung der Klassensteuer vom 1. Juli 1870 ab in den Städten: Rathenow, Schwedt, Briesen, Kottbus, Guben, Küstrin, Landsberg a. Warthe, Anklam, Köslin, Stralsund, Bremberg, Oppeln, Neisse, Neustadt (Oberschlesien), Frankenstein, Glatz, Oels, Schwedt, Saag, Jauer, Liegnitz, Glogau, Meseritz, Beeskow, Wittberg, Torgau, Kleve und Wesel. (Siegt an die Kommission für Finanzen und Zölle.)

für die geschäftliche Behandlung des Unterrichtsgesetzes und des Gesetzes wegen Aufhebung der letzten Bestimmung des Art. 25 der Verfassung schlägt der Präsident die Vorberatung in einer Kommission von 35 Mitgliedern vor: „In der Voraussetzung, daß wir unsere Sitzungen bis

zum 23. Dez. fortsetzen und wöchentlich wenigstens 5, in den letzten 14 Tagen aber täglich Plenarsitzungen halten, haben wir bis Weihnachten, außer heutigen, nur noch 30 Sitzungen. Davon fallen 6 auf einen Mittwoch, also auf die Beratung von Anträgen aus dem Hause und Petitionen und kann nach dem täglich für diese Sitzungen anwachsenden Material keine die Beratung der Gegenstände benutzt werden. Es bleiben also nur noch 24 Sitzungen. Nach den Erfahrungen der Vorjahre und dieses Jahres muß ich davon auf die Vor- und Schlussberatung des Staats und die finanziellen Gesetze wenigstens 12 bis 13 rechnen. Für die Kreisordnung und die übrigen Gesetze bleiben nur noch 11 Sitzungen. Unter diesen Umständen würde der Beschluss, das Unterrichtsgesetz im Plenum vorzuberathen, bedeuten, daß wir vor Mitte Januar in diese Vorberatung nicht eintreten können. Sodann spricht gegen die Vorberatung im Plenum der Umstand, daß es nicht angemessen und zweckmäßig ist, neben einander im Hause und vor der öffentlichen Meinung des Landes wichtige Finanzgesetze, Petitionen, ein politisches Organisationsgesetz wie die Kreisordnung und ein Organisationsgesetz von einem Umfang, wie das Unterrichtsgesetz, zu berathen. Das kann die Gründlichkeit unserer Berathungen nicht fördern. Deshalb schlage ich die Vorberatung in einer Kommission und zwar von 35 Mitgliedern vor, damit in dieselbe nicht bloß Abgeordnete aus allen Provinzen, sondern auch Sachverständige, Juristen und solche gewählt werden können, die für die Erhaltung einer Schule zu sorgen haben. Natürlich kann diese Kommission dem Hause über das ganze Gesetz oder über einzelne Theile desselben einen Bericht erstatten.

Abg. Wehrenpfennig beantragt mit seinen politischen Freunden die Vorberatung im ganzen Hause, weil es nicht möglich ist, das Unterrichtsgesetz, wie die Kreisordnung, von Paragraph zu Paragraph im Hause durchzuberathen; aber die Generaldebatte würde die Gründe klar legen, die für die Beratung des Gesetzes im Einzelnen eine Kommission nothwendig machen. Nach dem Vorschlage des Präsidenten würde die Unterrichtsfrage in dieser Session von der Tagesordnung des Hauses abgesetzt. Bis Mitte Januar sind nach Abrechnung der Sitzungen fünf Wochen, bis dahin wird die Kommission keinen Bericht erstatten können. Ein Bericht könnte einzelne Theile des Gesetzes umfassen, aber das hat große Schwierigkeiten, oder er könnte ein allgemeiner sein und mit einigen Resolutionen abschließen, aber über die Zeit der Resolutionen ist das Haus hinaus; was in der Beziehung geleistet werden kann, hat die Session von 1862 geleistet. Das Haus kann der Vorlage nur ein spezielles Gesetz nach seinen Prinzipien gegenüberstellen, muß dieselben vor dem Lande klar aussprechen und mag dann die Vorlage einer Kommission übergeben.

Abg. Borchhammer: Das Unterrichtsgesetz steht mit der Kreisordnung in enger Verbindung, es ist daher zweckmäßig, auch dieses im ganzen Hause vorzuberathen.

Abg. v. Hennig: Wenn vor Weihnachten täglich Sitzungen stattfinden sollen, wann soll denn dann die Kommission das Unterrichtsgesetz berathen? (Ruf: Abends!) Ja, die Antwort habe ich mir auch gegeben (Heiterkeit). Wollen Sie die Kommission gut besetzen, so müssen Sie Mitglieder wählen, die schon in anderen Kommissionen arbeiten, dann macht sich aber der uns allen bekannte Nebelstand geltend, daß die Sitzungen der einzelnen Kommissionen tollidiren. Beschließen Sie also zum Wenigsten eine Kommission von weniger als 35 Mitgliedern. Wir haben aber alle Veranlassung, der Kommission eine Direktive zu geben und damit zugleich vor dem Lande auszusprechen, wie wir zu dem Gesetz stehen. Das ist nur durch Vorberatung im ganzen Hause möglich.

Abg. Blei: Das Land weiß bereits, daß ein Theil des Hauses gegen, ein anderer für das Gesetz ist. Die Vorberatung im Hause wird nur zu allgemeinen Auflösungen führen, wir wollen uns aber bestimmt über einzelne Paragraphen aussprechen, deshalb sind wir für den Vorschlag des Präsidenten.

Abg. Richter (Sangerhausen): Für ein so wichtiges Gesetz, wie das Unterrichtsgesetz, müssen wir unter allen Umständen ein oder zwei Sitzungen übrig haben, um Klarheit über die Unterrichtsfrage zu verbreiten, die noch nicht vorhanden ist. In dem Gesetz ist uns ein bestimmtes System vorgelegt und wir müssen vor dem Lande in der Vorberatung im ganzen Hause erklären, wie wir zu dem System stehen.

Abg. Bethy-Huc: Wenn wir die Kreisordnung zu Gunsten des Unterrichtsgesetzes oder dieses zu Gunsten der Kreisordnung beeinträchtigen müssen, so ziehen wir die Kreisordnung, die Aussicht auf Zustandekommen hat, dem Unterrichtsgesetz, das diese Aussicht nicht hat, vor und übergeben letzteren einer Kommission. Uns im Allgemeinen über die Sache auszusprechen haben wir beim Etat des Kultusministeriums Gelegenheit.

Das Haus lehnt die Vorberatung im ganzen Hause ab (dafür nur die Nationalliberalen) und beschließt die Ueberweisung beider Vorlagen an eine Kommission von 35 Mitgliedern.

Der Gesetzentwurf betreffend die Wittwen- und Waisenkassen für Elementarlehrer wird im Hause vorberathen werden.

Das Großjährigkeitsgesetz, bei welchem das Herrenhaus den Termin seiner Rechtskraft vom 1. April auf den 1. Juli 1870 abgeändert hat, wird im Wege der Schlussberatung erledigt werden; das Wildschöngegesetz geht an die Agrarkommission; das Gesetz, betreffend die Verpflichtung der Gemeinden zum Schadensersatz bei Aufstauen an die durch 7 Mitglieder verstärkte Zustufkommission.

Demnächst wird die Vorberatung des Etats des Justizministeriums (Ausgaben) fortgesetzt. Die Kommissionen des Hauses ziehen ihren Antrag, daß die für den unbefeuerten Posten eines ersten Präsidenten des Ober-Appellationsgerichts ausgeführten 4500 Thlr. nicht zu Remunerationen verwendet werden dürfen, mit Rücksicht auf die neuliche Erklärung des Justizministers in Betreff der Remunerationen zurück, worüber Dr. Leonhardt seine Befriedigung ausspricht. Er erkennt an, daß die Kommission sich angestellt bemüht haben, den Anlaß des Streites zu lokalisieren, muß aber in Betreff der Remunerationen für die Zukunft seine Aeußerung wiederholen, daß er mit äußerster Zurückhaltung darin verfahren wird.

Auf eine kritische Bemerkung des Abg. Gottschewski, die gegen die Visitationen der Gerichtshöfe gerichtet ist, erwiedert der Justizminister, daß Inspektionen dieser Art durch die Präsidenten der höheren Gerichtshöfe nothwendig sind, um etwaige Vorschläge an den Chef zu richten. Die Notwendigkeit dieser Inspektionen räumt Abg. Gottschewski ein, aber er will sie nicht mit den Visitationen durch Mitglieder der Appellationshöfe verwechseln, die er für überflüssig hält.

Zu Titel 15 (Appellationsgerichtshof in Köln und die rheinischen Landgerichte) und Titel 27 (die Gerichte erster Instanz) wird folgender Antrag der Kommission angenommen: Die Regierung wiederholt und dringend aufzufordern, die in der vorigen Session gefassten Beschlüsse zur Ausführung zu bringen, die Regierung aufzufordern: 1) einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch angeordnet wird, daß das Aufsteigen der Richter bei den rheinischen Landgerichten in eine höhere Gehaltsstufe in nämlicher Weise erfolge, wie in den Landestheilen, in denen die Verordnung vom 2. Januar 1849 Gesetzeskraft hat, nämlich durch den ganzen Bezirk des Appellationsgerichtshofs zu Köln hindurch und lediglich nach ihrer Angenommenheit als Richter, ohne Rücksicht auf ihren Rang als Rat oder als Assessör, 2) das Aufrütteln der Kreisgerichtsdirektoren in höhere Gehälter auch von der Angenommenheit abhängig zu machen, 3) die Anordnung zu treffen, daß auch bei den fünf Stadtgerichten das Aufrütteln der Richter im Gebiete lediglich durch das Dienstalter bestimmt und nicht durch den erlangten Charakter als Rat bedingt werde.

Zu Titel 27, 2 (Stadt- und Kreisrichter) macht Windthorst (Eddingenhausen) auf das Bedürfnis einer Erhöhung ihrer Gehälter aufmerksam. Für die Subalternen, die höheren Verwaltungs- und Gerichtshilfsbeamten, für die Minister und thielweise auch für die Schulherrn seien Erhöhungen eingetreten: sollten die Richter nun warten? Sollte es wahr sein, was man überall hört, aber kaum glauben könne, daß man die Richter jetzt strafen wolle, weil sie in Zeiten schwerer politischer Kämpfe ihrer Leberzeugung treu geblieben? Die Vertrötzung auf die neue Organisation biete nur einen schwachen Trost, sie könne noch Jahre lang dauern; die zahlreichen Bewerbungen

Nothwendigkeit einer Reform des Instituts der Salarienkassen-Nendanten hervor.

Der Justizminister ist mit einer Vereinfachung des Kassenwesens durchaus einverstanden, und hält es überhaupt für nothwendig, daß eine Erleichterung und Vereinfachung im Bureauaudienst der Gerichte eintrete. Er bittet den Vorredner, wenn derselbe glaube, beachtenswerte Gedanken in dieser Beziehung zu haben, ihm dieselben mitzutheilen.

Position 8 derselben Titels wirft gegen das Vorjahr ein Mehr von 300 Thlr. an Gehaltszulagen für die in einzelnen Departements als Dolmetscher fungirenden Bureauassistenten aus.

Abg. Kantak begrüßt diese Erhöhung mit Freuden, hält jedoch namentlich für die Provinz Posen eine weitere Vermehrung der bezüglichen Positionen für nothwendig. Zugleich bringt er aufs Neue die Nothwendigkeit zur Sprache, in der Provinz Posen vorzugsweise Richter polnischer Nationalität anzustellen. Abg. Lasse wünscht gleichfalls Erhöhung der Dolmetschergehüren, da es namentlich in der Provinz Westpreußen durchaus an geeigneten Dolmetschern mangelt.

Reg.-Komm. Falk erkennt das Bedürfnis an; doch sei die stetige Erhöhung dieses Postens seit Jahren eine Thatssache.

Der Justizminister: Die Anstellung polnischer Richter in der Provinz Posen entspricht durchaus seiner Praxis, allein in diesem Jahre seien 9 früher aus Posen entfernte Richter polnischer Nationalität wieder dorthin zurückversetzt.

Abg. Kantak erwidert, daß er dem Justizminister keinen Vorwurf habe machen wollen, sondern im Gegenteil sein von den seines Amtsvorgängers abweichendes Verfahren gern anerkennen. Er wünscht nur noch reichlichere Erfüllung der von dem Minister angeregten Hoffnungen.

Sämtliche dauernde Ausgaben des Justizrats werden bewilligt, bei den außerordentlichen weist Abg. Behr darauf hin, daß bei den zahlreichen Ausgaben für Neubauten, die neuen Provinzen, die doch auch manigfache Befreiungen gelten möchten könne schließlich übergegangen sind und hofft auf baldige Abnahme, welche den Justizminister im Allgemeinen und speziell für Kassel zufällt, wo in Folge seines früheren Bestandes das Stadtgericht zur Wiederwohl. — Damit ist der Justizrat erledigt.

Der Präsident zieht das inzwischen konstitutive Resultat der Wahl für die Staatschulden-Kommission mit: Abg. v. Bonin (Genthin) ist mit 198 Stimmen (mit 20 Stimmen über die absolute Majorität) gewählt. Er nimmt diese durchaus gegen seinen Willen auf ihn gesetzte Wahl an und wird seinem Verfassungswille getreu seine Pflicht erfüllen. Außerdem erhielten von Knesbeck 101, v. d. Reck 30 St.

Die Vorberathung der Kreisordnung, die vor § 10 steht, wird fortgesetzt.

§ 10 der Vorlage lautet: Unter Anwendung des nach diesen Grundsätzen (§ 9) vom Kreistag beschlossenen Vertheilungs-Maßstabes wird das Kreis-Abgaben-Soll für die einzelnen Gemeinden und selbständigen Gutsbezirke im Ganzen berechnet und denselben zur Untervertheilung auf die einzelnen Steuerpflichtigen nach demselben Maßstab zur Einziehung, sowie zur Aufführung im Ganzen an die Kreis-Kommunalkasse überwiezen. — Den Städten bleibt jedoch die Beschlussnahme darüber, wie ihre Gesammtanteile an den Kreisabgaben (von den Einwohnern) aufgebracht werden sollen, vorbehalten.

Abg. v. Sybel will § 10 an die Kommission verweisen. Abg. v. Bonin (Genthin) beantragt Alinea 1 hinter „einzelnen Steuerpflichtigen“ und vor „zur Einziehung“ einzuschalten: „entweder nach demselben oder einem andern durch Gemeindebeschluss festzustellenden Maßstab“. Ferner: Alin. 2 zu streichen. Abg. v. Brauchitsch (Elbing) will in Alinea 2 die Worte „von den Einwohnern“ streichen. Die Abg. v. Kardorff, Graf Cullenburg und Scharnweber so wie der Reg.-Komm. Persius befämpfen das Amendment v. Bonin, da dasselbe dem vom Antragsteller verfolgten Zweck, den Gemeinden die Möglichkeit zu gewähren, die Beiträge aus disponiblem Gemeindevermögen zu leisten, nicht entspreche und nicht sowohl in die Kreis- als in eine Gemeindeordnung gehöre.

Die Anträge v. Sybel und v. Bonin werden abgelehnt und § 10 mit der von Brauchitsch beantragten Modifikation angenommen.

§ 11 lautet: Der Maßstab, nach welchem die Kreisabgaben zu vertheilen sind, ist für jeden Kreis ein für alle Maßstab festzustellen und demnächst unverändert zur Anwendung zu bringen. Wo gegenwärtig mit königlicher Genehmigung zu bestimmten Zwecken Kreisabgaben nach besonderer Vertheilungsart erhoben werden, behält es dabei bis zum 31. Dez. 1873 sein Bewenden, sofern nicht der Kreistag schon in der Zwischenzeit auch hierfür u. s. w. (bis zu Ende des Absatzes). Vom 1. Januar 1874 ab tritt der nach diesem Gesetz festzustellende Maßstab (Absatz 1) auch für die bezeichneten Abgaben von selbst in Kraft; d) im Absatz 3 hinter dem Worte „Kreiseinrichtungen“ einzuschalten: „sowohl in Betreff der älteren Abgaben wie.“

Abg. v. Hoverbeck endlich will in Alinea 1 die gesperrten Worte streichen und statt dessen hinzufügen: „Zu einer Abänderung dieses Maßstabes ist eine Stimmenmehrheit von mindestens zwei Dritteln der Abstimenden, sowie die Genehmigung der Minister des Innern und der Finanzen erforderlich. — Ferner dem Alin. 2 hinzufügen: „Auch dieser Beschluß kann nur mit einer Stimmenmehrheit von zwei Dritteln der Abstimenden gefasst werden, und bedarf ebenfalls der Genehmigung der Minister des Innern und der Finanzen.“

Abg. v. Hennig beantragt a) im Absatz 1 hinter „jeden Kreis“ einzuschalten: „innerhalb des ersten Jahres“; b) an den Schluß desselben Absatzes zu setzen: Der Kreis kann den festgestellten Maßstab von zehn zu zehn Jahren einer Revision unterwerfen; c) den Absatz 2 wie folgt, zu setzen: „Wo gegenwärtig u. s. w. behält es dabei bis zum 31. Dez. 1873 sein Bewenden, sofern nicht der Kreistag schon in der Zwischenzeit auch hierfür u. s. w. (bis zu Ende des Absatzes). Vom 1. Januar 1874 ab tritt der nach diesem Gesetz festzustellende Maßstab (Absatz 1) auch für die bezeichneten Abgaben von selbst in Kraft; d) im Absatz 3 hinter dem Worte „Kreiseinrichtungen“ einzuschalten: „sowohl in Betreff der älteren Abgaben wie.“

Abg. v. Hoverbeck endlich will in dem Hennigschen Antrage b) statt „von zehn zu zehn Jahren“ sagen: „von fünf zu fünf Jahren.“

Abg. v. Hennig begründet seine Amendemente durch, die auch dem Amendment Brauchitsch zu Grunde liegende Überzeugung von der Nothwendigkeit einer Bestimmung, die eine den Bedarfsmitteln entsprechende Abänderung der Kreismunalbefreiung ermögliche. Eine Majorität von $\frac{2}{3}$ der Stimmen, die nach Brauchitsch zu einem solchen Beschlusserforderlich sein sollte, habe gar keinen Sinn, namentlich wenn man voraussehe, daß die Zusammensetzung der Kreisvertretung in Zukunft eine bessere sein werde als bisher.

Abg. v. Brauchitsch (Elbing): Einer bestimmten Zeitraum festzusehen, innerhalb dessen der Vertheilungsmaßstab unveränderlich sein sollte, erscheine möglich, da man häufig in die Lage kommen würde, gerade dann, wenn das Bedürfnis es erfordere, eine solche Änderung nicht vornehmen zu können. Zur Sicherung gegen eine allzu starke Fluktuation biete die Zweidrittel-Majorität die geeignete Garantie.

Reg.-Komm. Persius hat gegen die Amendemente Hennig und Hoverbeck nichts zu erinnern und hält die von Brauchitsch vorgeschlagene Sicherheitsmaßregel einer Zweidrittel-Majorität nicht für geboten.

Nach langer Debatte wird der § 11 in folgender Fassung angenommen: Der Maßstab, nach welchem die Kreisabgaben zu vertheilen sind, ist für jeden Kreis innerhalb des ersten Jahres (nach v. Hennig) ein für alle Maß festzustellen und demnächst unverändert zur Anwendung zu bringen. Der Kreis kann den festgestellten Maßstab von 5 zu 5 Jahren einer Revision unterwerfen. (Nach v. Hennig und v. Hoverbeck; der erstere verlangte: von 10 zu 10 Jahren). Wo gegenwärtig mit kgl. Genehmigung zu bestimmten Zwecken Kreisabgaben nach besonderer Vertheilungsart erhoben werden, behält es dabei bis zum 31. Dez. 1873 sein Bewenden, sofern nicht der Kreistag schon in der Zwischenzeit auch hierfür den Übergang zu dem nach dem gegenwärtigen Gesetz allgemein festgestellten Kreisabgaben-Vertheilungsmaßstab beschließt. Vom 1. Januar 1874 ab tritt der nach diesem Gesetz festzustellende Maßstab (Absatz 1) auch für die bezeichneten Abgaben von selbst in Kraft. (Nach v. Hennig) Unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen zu besonderen Kreiseinrichtungen sowohl in Betreff der älteren Abgaben, wie in Zukunft Abweichungen von dem allgemeinen Abgaben-Vertheilungs-Maßstab stattfinden können, bestimmt das Gesetz. (Nach v. Hennig).

Auf den Antrag des Abg. Grafen Cullenburg werden §§ 12 (Heranziehung der Forenzen, juristischen Personen u. s. w. zu den Kreisabgaben), 13 (Unzulässigkeit einer Doppelbefreiung derselben Einkommens in verschiedenen Kreisen) in die Kommission verwiesen.

In Betreff der folgenden 3 §§ ist dasselbe beantragt; die Verweisung

an die Kommission wird aber abgelehnt, doch macht ein Antrag auf Vertragung der Fortsetzung der Vorberathung ein Ende.

Schluß 3 Uhr. Räte-Sitzung Mittwoch. (Antrag Dunder-Ebert, betr. Aufhebung der Beschränkungen der Pressefreiheit. Antrag Bonin, betr. die Prüfung für die höheren Verwaltungs-Amtler. Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission über das Schreiben der Abg. Krüger und Ahmann-Petitionen. — Der Antrag Miguel-Laster, betr. die Ausdehnung der Kompetenz der Bundesgesetzgebung auf das gesamte bürgerliche Recht, was vom Präsidenten bereits für die Tages-Ordnung von morgen vorgeschlagen, er wird aber auf den Wunsch v. Kardorffs mit Rücksicht auf die morgen stattfindende Verhandlung des Herrenhauses über den Antrag des Grafen zur Lippe abgelehnt.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 17. Nov. Das Gehalt der Dolmetscher soll erhöht, die polnischen Richter in unserer Provinz vermehrt werden. Diese Aussicht eröffnet die gestrigen Verhandlungen im Abgeordnetenhanse, auf welche wir unsere Leser aufmerksam machen.

— Dr. Magener hielt am Sonnabend seinen zweiten Vortrag über Leitungselektricität. Zunächst führte der Vortragende zwei hier bis jetzt noch nicht gezeigte Verfuge vor, welche das Ausströmen des elektrischen Lichtes mit Hilfe der holzischen Influen-Elektrolysmachine veranschaulichten; der erste dieser Verfuge war von Hrn. Dr. Magener selbst erisonnen worden. Ein meißniges metallenes, sich horizontal bewegendes Blugrad, 8 Fuß von der Maschine entfernt, wurde mit derselben in leitende Verbindung gelegt, und bewegte sich lebhaft durch den Rückstoß der elektrischen Luft. Wurde ein metallener Deckel etwa 6 Zoll hoch über das Blugrad horizontal gehalten, so erfüllte sich der ganze Raumraum mit elektrischem Licht; auch war der Leitungsdraht von elektrischen Lichtbüscheln umgeben. Sodann wurde ein „elektrisches Eis“ vorgeführt; die Luft in einer großen länglichen Glaskugel wurde mit der Luftpumpe verdünnt, und alsdann der elektrische Strom von der holzischen Maschine durch den etwa 10 Zoll langen luftdurchdrückten Raum hindurchgeleitet. Zwischen den beiden Polen entstand — der Saal war verdunkelt worden — ein hellblaues violettes Licht in doppeltrumpförmiger Gestalt, während der übrige Raum der Glaskugel mit gelblichem Licht (aureola) erfüllt war, und sich an dem negativen Pole glänzende glühende Punkte zeigten. Als dann wurde die gewöhnliche Elektrolysmachine erklärt, der elektrische Schirm, der elektrische Glasharzbüschel, das Quadratenelektrometer, die elektrische Klingel und der Korkfugelanzug vorgeführt, wobei der Vortragende das Entstehen des Hagels nach Volta erklärte; auch wurde eine freischwebende kleine Puppe im Tanz gezeigt. Als dann ging der Vortragende zum Elektrophor über, erregte im Deckel mittels eines Hartlaub-Elektrophors positive, und mittels eines Glas-Elektrophors negative Elektricität, und führte sodann auf Harzplatten mittels Voltodipodium die Richtenberger positiven strahlenförmigen dendritischen, und negativen runden Figuren vor, indem er sich dabei einer Nadel mit isolierten Siegellackdrüsen bediente. Vermittelst einer kleinen isolierten Glöcke wurden auch auf einer Glaspalte Richtenberger Figuren erzeugt. Im nächsten Vortrage wird der Vortragende die holzische Maschine erläutern, Bündnungsverträge antreten und die Blatttafel vorführen.

— Einquartierungskosten. Betreffs Vertheilung der Kosten der Einquartierung in Landgemeinden ist bestimmt worden, daß es der Bestätigung der Ortsstatuten, beziehentlich Gemeindebeschlüsse über die Vertheilung der Quartierleistungen in jedem Gemeindebezirk auf Grund der Landgemeinde-Verfassung in den sechs östlichen Provinzen (vom 14. April 1856) nur dann bedarf, wenn die Beschlüsse u. s. w. dahin gehen, daß die Kosten der Einquartierung nach anderen Grundsätzen als die eigentlichen Gemeindebedürfnisse aufgebracht, resp. umgelegt werden sollen.

Aus dem Regierungsbezirk Posen, 14. Nov. Da die Eröffnung der Märkisch-Posener Eisenbahn im Laufe der nächsten Zeit in Aussicht gestellt ist, so hat die k. l. Regierung zu Posen mittels Reskripts vom 29. v. M. darauf aufmerksam gemacht, daß gemäß § 14 des Eisenbahngesetzes vom 3. Nov. 1858 alle Anträge zum Schutz der benachbarten Grundbesitzer, im Interesse der Wege, Ueberfahrt, Brücken, Einsiedlungen, Vorfluthsanlagen etc. vor Eröffnung der Eisenbahn bei der k. l. Regierung eingereicht werden müssen, falls die erforderlichen Anlagen auf Kosten der Eisenbahngesellschaft beansprucht werden sollten. Man sieht dies als ein Zeichen an, daß die Bahn „in nächster Zeit“, wie es in der Verfassung heißt, eröffnet werden wird. — Der Oberbau der Märkisch-Posener Oderbrücke geht seiner Vollendung entgegen. Die beiden letzten Bögen, jedes von 120 Fuß, sind in Arbeit begriffen und werden in ca. 3 Wochen fertig. Im Ganzen hat die Brücke 11 Bögen, also eine Länge von 1320 Fuß. Das dazu verwendete Eisen wiegt $1\frac{1}{2}$ Mill. Pfund.

+ Bojanowo, 14. Novbr. Nachdem das von der kgl. Regierung für alle Synagogengemeinden der Provinz Posen aufgestellte Normalstatut mit wenigen Abweichungen hier Annahme gefunden, fand vor ungefähr sechs Wochen unter Leitung des Hrn. Bürgermeisters Kollisch die Wahl des neuen Vorstandes, bestehend aus fünf Mitgliedern und drei Stellvertretern, statt. In den Vorstand wurden gewählt die Hrn. J. Miodowski, G. Rauwiger, S. Valentini, Louis Landsberg und C. David, zu Stellvertretern die Hrn. J. Rosenstock, Chorinski und Schwerin. Gegen diese Wahl war von Seiten eines dem vorigen Vorstande angehörigen, jetzt nicht neu gewählten Vorstandsmitgliedes bei der kgl. Regierung Protest angebracht und darin ausgeschlagen worden, daß alle Vorstandsmitglieder dem Statut entgegen untereinander verwandt resp. verschwiegert seien und daß darum die getroffene Wahl ungültig erklärt und eine Neuwahl angeordnet werden möge. Die kgl. Regierung hat jedoch den Beschwerdeführer, mit Rücksicht auf die von Seiten der Gemeinde in dieser Beziehung beschlossene Aenderung, abgewiesen und die Wahl bestätigt. Es fand demnach am vorigen Montag die Einführung des neuen Vorstandes und dessen Vereidigung mittels Handschlags durch Hrn. Bürgermeister Kollisch statt. Nach gehobener Einführung wurde zur Wahl eines Vorsitzenden, des Protokollführers und deren Stellvertreter geschritten. Zum Vorsitzenden wurde Hr. Miodowski und zum Protokollführer Hr. Louis Landsberg einstimmig gewählt.

— r. Wollstein, 14. Nov. Mit dem gestrigen Tage wurde in der kleinen evangelischen Gemeinde ein Stück Mittelalter zu Grabe getragen. Die Einstützen in der Gemeinde hatten nämlich schon zu verschiedenen Zeiten ganz unterschieden den Wunsch ausgesprochen, daß die eben so entwürdigenden als belästigenden sogenannten Neujahrs- und Gründonnerstag-Umgänge der beiden an der Bürgerschule angestellten Lehrer, die zugleich Kirchenbeamte sind — Kantor und Glöckner — aufhören und daß ihnen für eine angemessene Geldentschädigung gezahlt werden solle. Es gab aber immer Leute, die derartig dagegen opponierten, daß dies nicht zur Ausführung kam. In Verfolgung der k. l. Regierung zu Posen, welcher die Umgangfrage zur Entscheidung gestellt worden, fand am gestrigen Nachmittage in einer Klasse der hiesigen evangelischen Bürgerschule unter Vorsitz des Kreislandrats Hrn. v. Unruhe-Bornst eine General-Versammlung der evang. Schulsozialitätsmitglieder statt. Nach einer eingehenden Ansprache des Herrn Vorsitzenden, in welcher diese Angelegenheit nach allen Seiten hin beleuchtet wurde, wurde die erste an die Versammlung gestellte Frage, ob die Schulgemeinde die Ablösung der Umgänge wünsche? einstimmig bejaht und die zweite Frage, aus welcher Kasse die beiden verfeindeten Lehrer die für zu leistende Geldentschädigung erhalten sollen? wurde mit allen gegen 3 Stimmen dahin beantwortet, daß Kirche und Schule gleichviel bei der Umgangsangelegenheit beteiligt sind, so sollen Schul- und Kirchenkasse zu gleichen Theilen die Entschädigung tragen. Die drei dissentirenden Stimmen wollten, daß die Kirchenkasse allein die Entschädigung übernehmen solle. — Gestern Abend fand das erste Konzert in der diesjährigen Winteraison des hiesigen Gesangvereins statt. Dasselbe war sehr zahlreich besucht und die Präzision, mit welcher sämtliche Gesang- und Musikkästen ausgeführt wurden, befreitigend vollständig. Unter Andern kamen auch die beiden ersten Chöre aus dem Paulus von Mendelssohn zum Vortrage. Nach dem Konzerte amüsierte sich der jüngere Theil der Mitglieder mehrere Stunden hindurch beim Tanz.

— Staats- und Volkswirthschaft.

** Vom Suekanal. Nach einem Telegramm aus Kairo ist man beim Ausbaggern des Suekanals in der Nähe von Ismailia auf einen achtzig Fuß langen Haken gestoßen, welcher durch Sprengung beseitigt wird. Die „Malta Times“ vom 4. Nov. sagt, es unterliege den letzten Nachrichten aus Alexandria zu folge kein Zweifel mehr, daß sofort nach der Eröffnung des Kanals große Dampfer im Stande seien, den Weg von einem See nach dem

anderen zurückzulegen. Die engste und steilste Stelle des Kanals liegt bei Guijs, diesseitige Ismailia, aber auch hier beträgt die Tiefe ungefähr 22 Fuß bei einer Breite von 60 Fuß, während der übrige Theil eine gleichmäßige Tiefe von mindestens 26 Fuß habe. Zur Erleichterung der Schiffahrt seien längs beider Seiten Flaggen, an den Batteriewerken hinter Seerapen zwei Leuchttürme und in Port Said ein elektrischer Beleuchtungsapparat errichtet worden. An der Fahrt durch den Kanal wird sich eine große Zahl Schiffe beteiligen, und der Sultan gedenkt an beiden Ufern dichte Scharen Fellahs aufzustellen, welche Hurrah rufen sollen.

Bermischtes.

* Berlin, 15. Nov. Heute Mittag um 1 Uhr fand die feierliche Enthüllung des Schinkel-Denkmales statt. Das Monument war bei Beginn der Feier noch verhüllt. Der Platz vor demselben war mit einer Dielen überdeckt, auf dem Wasser zu belegenden Seite die Studirenden der Bau-Academie, an deren gegenüber gelegenen Seite die Studirenden der Gewerbe-Academie aufgestellt genommen hatten. Der Zwischenraum war für das Komitee und die geladenen Gäste, für Letztere auch die in der Bel-Stage des an dem Platz belegenen Hotel d'Angleterre befindlichen Zimmer reserviert. Se. M. der König und die Prinzen Karl, Friedrich Karl, Albrecht, Adalbert und Alexander von Preußen, die Prinzessinnen Karl und Friederike und Georg Karl und der Prinz Friedrich von Hessen und der Herzog Wilhelm von Mecklenburg wohnten der Feier von dem nach dem Platz zu belegenden Eskenster des Kommandanturgebäudes bei. Unter den auf dem Platz Anwesenden befanden sich der Handels-Minister und der Minister für geistliche u. Angelegenheiten, viele Räthe aus den k. Ministerien, Professoren der hiesigen Universität, die Präsidenten und viele Mitglieder des Abgeordnetenhauses u. c. Sobald Se. Majestät mit den übrigen Mitgliedern des Hofes erschienen, wurde die Feier mit dem Beethoven'schen Hymnus: „Die Himmel röhmen des ewigen Ehre“ intonirt, worauf der Vorstand des Denkmallotries, Geh. Ober-Regierungs-Rath und Ministerial-Direktor Mac-Lean, die Festrede hielt. Derselbe gedachte zunächst der bewegten Zeit, welche seit dem Tode Schinkels über unser Vaterland dahingangen. Trotz derselben aber habe man dennoch der Thätigkeit der Männer des Friedens, welche sich um das Vaterland verdient gemacht, nicht vergessen, wie der heutige Tag es beweise. Der Platz, welchen man zur Aufstellung des Denkmals gewählt, sei recht eigentlich dafür geschaffen, denn von allen Seiten umgeben ibn die Werke des Gefieierten: die Schloßbrücke, die Säulenhalle des neuen Museums, der Dom, die Bauakademie. Letztere sei ein so recht eigenes Werk Schinkels, von ihm als Pflege-Stätte für die jungen Bauakademiker begründet. Möge er, dessen Denkmal heut enthüllt werde und dessen Namen dieser Platz ferner führen solle, ihnen ein leuchtendes Vorbild in jeder Beziehung sein. — Unter dem begeisterten Buruf der Anwesenden und während die Musik und ein Sängerchor eine von Gelbel gedichtete, von Stahl komponierte Ode: „Lasset heut in unsern Weisen hochgerühmt den Meister sein“ auf Schinkel ausführten, fiel sodann die Hölle. Hiermit war die Feier beendet und unter Muß, mit ihren Fahnen an der Spitze, zogen die Gewerbschüler und Bau-Academiker, nachdem sie bei Se. M. dem Könige vorbei defilirt, nach dem Beughause zu ab.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

Dem Hauptkollektör Samuel Goldschmidt in Frankfurt a. M. laufen durch das Vertrauen, welches derselbe sich durch seine prompte Dienstleistung allenhalben zu erwerben gewußt hat, auch diesmal wieder bedeutende Bestellungen auf Loose der neuen preuß.-frankfurter Lotterie ein. Wer daher dem Glücke die Hand zu bieten gedenkt, wolle sich baldigst an obengenannte Firma wenden, da später deren Loose leicht vergriffen sein dürften.

Dienstamtlicher Ausspruch.

Ein neuerdings eingegangenes amtliches Reskript bezüglich der Heilwirkung des Johann Hoff'schen Malzextr

Angekommene Fremde vom 17. November.

CEHMIGS HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Pradzynski aus Lucin, v. Skrydlenski aus Brudzewo, v. Krosicki aus Polen, Frau v. Moraczewski aus Chalam, v. Moraczewski aus Ziemiezno, Kaufmann Gapski aus Breslau, Gutsbesitzer v. Brudzewski aus Breslau.

KEILERS HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Beamter v. Boguslawski aus Sendzin, die Kaufleute Klossow aus Breslau, Kritscher aus Wieczewo, Bielke aus Dolsig, Bremer aus Glogau, Cohn aus Birk, Mendelssohn aus Schrada, Glashüttenbesitzer Lehmann aus Lomnitz.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Glatzow aus Peisern, Eilenberg aus Görlitz, Schwarzwelle aus Leipzig, Heimendinger aus Gleiwitz, Leipziger aus Breslau, Gutsbesitzer Exner und Frau aus Politz.

HOTEL DE BERLIN. v. Suchodolski und Frau aus Gnesen, Landwirh Kriesche und Frau Kriesche aus Raciborow, Frau Schulz aus Koszary, die Kaufleute Wolfgang aus Hannover, Breuer aus Leipzig.

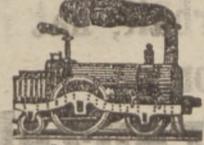
HERWIG'S HOTEL DE ROME. Rittergutsbesitzer Bartk aus Pawlowice, Bauunternehmer Rauschung aus Breslau, Rentiere Frau Hirsch aus Berlin, die Kaufleute Sauerland aus Berlin, Friedländer und Möller aus Breslau, Leisching aus Leipzig, Döring aus Stettin, Scholler aus Krakau, Körner aus Königsberg, Lorin aus Köln, Heidenhaus aus Frankfurt a. M.

MYLIUS HOTEL DE DRESDEN. Die Rittergutsbesitzer Jacob aus Wittowice, Sekler aus Tarnow, Bayer aus Golczewo, Opitz mit Familie aus Lowencin, Novell aus Wierzeja, Reg. Domänenpächter Wandelt und Frau aus Dusznik, Major a. D. v. Schweinichen und Frau aus Berlin, Pr. Leut. Becker aus Glogau, Bauunternehmer Schulz und Maurermeister Große aus

Gnesen, die Kaufleute Hansen aus Paris, Siebenborn, Lehr, Bojatz und Hamisch aus Berlin, Ritsche aus Leipzig, Haude aus St. Etienne, Schürmann aus Brüssel, Ottenstein aus Fürth, Wolfenbüttel aus Paris, Gallek aus Leipzig, Böttger aus Crefeld, Niemeyer aus Bremen, Hecht aus Görlitz, Wagner aus Greifswald, Olsendorf aus Katowitz, Werner aus Breslau.

SCHWARZER ADLER. Die Gutsbesitzer Frau v. Rejewski und Tochter aus Sobiesierno, v. Raczyński aus Szczecin, Rittergutsbesitzer v. Janowski aus Czachorek, Pharmazeut Kuczkowski aus Ziemiezno.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Landwirt Blaak und Fam. aus Klein-Lubin, Particular Grutke und Frau aus Militsch, Distriktskommissarius Kurnik und Frau aus Strzelkowo, die Kaufleute Jablonki aus Grätz, Kochocz aus Koitbus, Schriftsieder Nöthling aus Wongrowiec.



Posen-Thorn-Bromberger
Eisenbahn.
Submission auf Lieferung
von Kies.

Die Lieferung von Kies zur Herstellung des
Durchbaus innerhalb der I. Bauabteilung
der Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn soll
im Wege der öffentlichen Submission vergeben
werden und ist hierzu ein Submissionstermin
auf

Donnerstag den 23. November d. J.,

Vormittags 11 Uhr,
im Abteilungsbüro, Wallstraße 13 hier-
selbst, anberaumt. Die Lieferungsbedingungen
liegen ebenda selbst, sowie im Baubüro zu
Pudewitz zur Einsicht offen.

Offerter sind versiegelt und portofrei mit
der Aufschrift „Offerter auf Kies für die
I. Bauabteilung“ bis zum genannten Termin
einzureichen und werden in Gegenwart der
etwa erschienenen Submittenten eröffnet werden.

Posen, den 16. November 1869.

Der königl. Eisenbahn-Baumeister
ged. A. Middeldorf.



Im Schlesisch-Sächsisch-Thüringischen Ver-
band Güterverkehr wird

a) vom 10. November c. ab Kammas-
garn und Streichgarn, gleich rohen
und gebündelten Garnen, zur ermäßigten
Klasse A tarifiert, und

b) vom 15. desselben Monats ab der
4. Nachtrag zu dem Tarif und Regle-

ment vom 1. September p. i., weder
verschiedene Abrechnungen und Erweite-
rungen desselben, insbesondere auch die
Aufnahme der neuen Verbandsstation

Wolframshausen für die Besiede-
lung von Gütern der regulären Brach-
klassen und der Spezialtarife im Ver-
gleich zwischen den diesbezüglichen Verband-
stationen Oświęcim, Mysłowitz,
Kattowitz, Gleiwitz, Košice, Gor-
olin, Oppeln und Brieg enthalt-
lich in Kraft treten.

Exemplare dieses Tarifnachtrages sind zum
Preise von 1 Sgr. pro Stück bei den Sta-
tions-Kassen der Verbandsstationen käuflich zu
haben.

Breslau, den 14. November 1869.

Königliche Direktion
der Oberschlesischen Eisenbahn.

Bekanntmachung.

Der Bedarf an Heu und Stroh für die
Pferde des städtischen Marstalls im Jahre
1870 soll im Lizenzations-Versfahren verdingen
werden. Hierzu haben wir einen Termin auf

Montag den 22. d. M.,
um 10 Uhr Vormittags,
auf dem Rathause angezeigt.

Lieferungsfertige laden wie mit dem Be-
merken ein, daß die Bedingungen in unserer
Registraur eingesehen werden können.

Posen, den 11. November 1869.

Der Magistrat.

Bei dem Konkurs über das Vermögen
des Sattlermeisters Mieczysław Glebocki
zu Posen haben nachträglich Forderungen an-
gemeldet: 1) Der Wagenbauer C. Gola-
wietki zu Posen in Höhe von 75 Thlr. 2) Der
Schneidermeister S. Majurowicz zu Posen
in Höhe von 16 Thlr. 20 Sgr. Der Termin
zur Prüfung dieser Forderungen ist

auf den 24. November d. J.,

Vormittags 11 Uhr,
vor dem unterzeichneten Kommissar im Ter-
minszimmer Nr. 13 anberaumt, wovon die
Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet
haben, in Kenntnis gesetzt werden.

Posen, den 7. November 1869.

Königliches Kreisgericht.
Der Kommissar des Konkurses.

Gebbler.

Glasfabrik.

Die Pachtung einer im Königreich Polen an
der Warschau-Wiener Bahn in der Nähe ei-
ner lebhaften Stadt und im Kohlenrevier be-
legenen, bisher mit gutem Erfolg betriebenen
auf Tafel- und Hobelglas eingerichteten, mit
guten Arbeitskräften, auch guter Kunstschafft
versehenen Glasfabrik wünscht der gegenwärtige
Inhaber wegen vorgerücktem Alter und
Krankheitsfällen abzutreten. Nur Übernahme
sind 3000 Rubel genügend. Rekordanten be-
lieben ihre Adressen franco unter Chiffre C. A.
2000 poste restante Breslau einzenden.

Bekanntmachung.

In unserm Firmen-Register ist sub Nr. 114
die Firma „A. Unger“ und als deren In-
haber der Kaufmann Albrecht Unger zu
Grätz eingetragen worden.

Grätz, den 11. November 1869.

Königliches Kreisgericht.

Bekanntmachung.

In unserm Firmen-Register ist sub Nr. 36
die Firma „C. Schlestein“ als deren In-
haberin die Kaufmannsfrau Clara Schle-
stein zu Neutomohl eingetragen war, und
sub Nr. 91, die Firma „A. Baron“, als
deren Inhaber Kaufmann Abraham Bar-
on zu Grätz eingetragen war, gelöscht worden.

Grätz, den 11. November 1869.

Königliches Kreisgericht.

Bekanntmachung.

In unserm Firmen-Register ist bei der sub
Nr. 22 eingetragenen Firma J. Poniecki
vermerkt worden, daß nach dem Ableben des
Inhabers dieser Firma, Kaufmanns Johann
Poniecki zu Breslau, dieselbe auf dessen Witwe
„Marianna Poniecka, geb. Mendelska,
übergegangen ist.“

Grätz, den 8. November 1869.

Königliches Kreisgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Paczkowo sub Nr. 12
belegene, im Hypothekenbuch der gedachten
Drittschaft eingetragene, den Stanislaus und
Franciska geb. Kosmowska-Dembinski
gehörende Grundstück, dessen
Besitzer auf den Namen derselben berichtigt
steht, und welches mit einem flächen-Inhalte
von 111,50 Morgen der Grundsteuer unterliegt
und mit einem Grundsteuer-Reinertrag von
121 Thlr. 19 Sgr. 10 Pf. und zur Gebäude-
steuer mit einem Nutzungswerte von 25 Thlr.
verändert ist, soll behufs Zwangsvollstreckung
im Wege der nothwendigen Subhastation am

am 13. Januar f. J.,

Nachmittags 2 Uhr,
in Paczkowo auf der Wirtschaft Nr. 12
dasselbe versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, der Hypo-
thekenbuch von dem Grundstück und alle son-
stigen dasselbe betreffenden Nachrichten, so
wie die von den Interessenten bereits gestellten oder
noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedi-
ngungen können im Bureau III des unterzeichneten königlichen Kreisgerichts wäh-
rend der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen
werden.

Dienigen Personen, welche Eigentums-
rechte oder welche hypothekarisch nicht einge-
tragene Rechte, zu deren Wirksamkeit gegen
Dritte jedoch die Eintragung in das Hypo-
thekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das
oben bezeichnete Grundstück geltend machen
wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre
Ansprüche spätestens in dem obigen Ver-
steigerungs-Termine anzumelden.

Der Beschluss über die Ertheilung des Bu-
schlags wird in dem auf

Donnerstag 20. Jan. 1870,

Vormittags um 12 Uhr,
im Geschäftsräume des unterzeichneten Kreis-
gerichts anberaumt. Termine öffentlich ver-
kündet werden.

Poznań, den 27. Oktober 1869.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Substationsrichter.

Bekanntmachung.

Der Dampfer „Warta“
wird nicht am 19. d. M., sondern am 24.
d. Mts., Nachmittags 2 Uhr, verauft.

Rycklewski,
königl. Auktions-Kommissarius.

Der Dampfer „Warta“

mit 8 Pferdekraft, welcher früher zwischen
Landsberg und Schwerin als Passagierboot
courtisierte und einen Halbahn ins Schlepptau
nahm, gegenwärtig aber am Schlachthause in
Posen vor Unter liegt, soll am Ort und Stelle
am 24. d. Mts., Nachmittags 2 Uhr, an
den Meistbietenden gegen Baargeldung verauft
werden. Die zugehörigen Utensilien weist Herr

A. Krzyzanowski, Sandstr. 10, nach.

Rycklewski,
königl. Auktions-Kommissarius.

am 29. März 1870,

Vormittags 11 Uhr,
an ordentlicher Gerichtsstelle subhastet werden.

Der dem Außenhafen nach unbekannte Gläu-
biger: Vikar Josephat Bielawski, früher
in Gnesen wohnhaft, wird hierzu öffentlich
vorgeladen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hy-
pothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung
ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen,
haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu
melden.

Posen, den 1. September 1869.

Königliches Kreisgericht.

Abtheilung für Civilsachen.

Im Auftrage des lgl. Kreis-Gerichts werde
ich Freitag den 19. November d. J., Nach-
mittags um 1 Uhr in Giecz bei Nei-
la 3000 Stück Mauerziegel, öffentlich
meistbietend gegen gleich baare Bezahlung
verauft.

Szroda, den 12. November 1869.

Der Auktions-Kommissar

Schroeder.

Obwieszczenie.

W naszym rejestrze firmów zapisana zo-
stała pod Nr. 114, firma „A. Unger“ i jako jej dzierżyciel kupiec **Albrecht
Unger** zu **Grodzisku**.

Grodzisk, d. 11. Listopada 1869.

Królewski Sąd Powiatowy.

Obwieszczenie.

W naszym rejestrze firmów wymazana
została pod Nr. 36, firma „C. Schle-
stein“, który dzierżycielka kupowca
Klara Schlestein w Nowym
Tomyślu zapisana była i pod Nr. 94.
firma „A. Baron“, który dzierżycie-
lem kupiec **Abraham Baron** w
Grodzisku zapisany był.

Grodzisk, d. 11. Listopada 1869.

Królewski Sąd Powiatowy.

Obwieszczenie.

W naszym rejestrze firmów zapisano przy
firmie **J. Poniecki**, pod Nr. 22, umie-
szczoną, remarkę, ze po śmierci dzierzy-
cielki tej firmy, kupca **Jana Ponie-
ckiego w Buku**, takowa na wdowie je-
go, „Mariannę Poniecką z Men-
delskich“ przeszła.

Grodzisk, d. 11. Listopada 1869.

Królewski Sąd Powiatowy.

Auktion.

Im Auftrage des lgl. Kreisgerichts werde
ich Freitag den 19. November cr. von Vor-
mittags 9 Uhr ab, im Auktionslocale, Maga-
zinstraße Nr. 1, verschiedene Möbel, als:
Schränke, Tische, Sofas, Stühle ic.
ferner einige Wehlkästen, Häcker, Schaf-
fel, Mezen, verschiedene Arten von Ge-
schorne und Wehle, Dezimal- und andere
Waagen nebst Gewichten, eine Doppel-
sliste, ferner Kleidungsstücke, Wäsche
und Betten und um 12 Uhr einige

Arbeitspferde öffentlich meistbietend
gegen sofortige Baargeldung versteigern.

Rycklewski,
königl. Auktions-Kommissarius.

Beachtungswert.

In einer größeren Provinzialstadt Westpreu-
sens, mit vorzüglicher Umgegend, ist ein seit
30 Jahren existierendes und im besten Vor-
scheinendes Möbelgeschäft, Familienverh



Rambouillet-Böll- und Halbbblut-wie
Mecklenburger Hammwoll-Böcke (Bolde-
bucker) zu festen Preisen verkauft die Stamm-
schäferei zu **Chwalcowo** (Poststat. Wierzyce).
Die Rambouillet sind aus den besten französischen
Heerden vor 3 Jahren angekauft. 10 Stück
ausgebrachte französische Originalmuttern
sind ebenfalls verkauflich.



Der Bockverkauf
auf der fürstlich Hohenloheschen Domaine
Slawentzitz O.-Schl.
aus der Vollblut-Southdowner- und
Vollblut-Negretti-Stammschäferei
beginnt am 8. November d. J. zu zeitgemäß erniedrigen Preisen; letztere ist Abstam-
mung Wollin-Sternhagen, Buchungsprinzip, die jetzige Richtung, Wohlreichthum, guter
Besatz und edle Wolle. Anmeldungen nimmt entgegen
Weighardt, Wirtschafts-Inspektor.

Flanell- und Tuchhemden,
so wie sämmtliche Tricotagen, als Jacken, Hosen und Soden vom wirklichen Gesundheits-
flanell, Oberhemden in allen Qualitäten, günstig und in neuesten Designs empfohlen zu sehr
billigen Preisen die Wäsche-Fabrik von

Richard Kassel & Goczkowski,
Alter Markt Nr. 70, Breslau u. Posen.

1 Pfund schwere, gefrorene
Hosen à 25 Sgr. — anerkannt
billig und gut.

Der Weihnachts-Musverkauf
wird mit dem heutigen Tage er-
öffnet und habe ich einen großen Theil meines
Lagers im Preise bedeutend herabgesetzt. Ich
empfehle als ganz besonders preiswerth:
Roben in Wolle u. Seide in gediegener Ware,
Paletots, Jacquets und Hausjaken,
alle Sorten Leinen- und Tischzeug,
Gardinen, Teppiche und Möbelstoffe in allen
Genres u. c.

S. H. Korach. Neustr. 4.

Bestellungen nach auswärts werden prompt
ausgeführt.

Eine größere Partie fertiger Herrengar-
derobe, sowie Rester von Sommer- und
Winterstoffen sind, um Raum zu gewinnen,
billig zu verkaufen bei

M. Graupé, Marchand Tailleur,
Wilhelmsplatz 17.

Englische Gummischuhe
für Damen und Herren in bekannter bester
Qualität, sowie russische Stiefel, gefü-
stert, hoch und halbhoch für Herren, und russi-
sche Pelzstiefelletten für Damen mit
Sammelsack empfohlen billig

August Klug,
Breslauerstraße 3.

Weisse Schwantringen und
Besäße schen, dito Kuffeder auch wie-
neu gekräuselt
Friedrichstraße 33, im Hutgeschäft von
A. Lange.

Feine Double-Paletots
in allen Farben, von 7 Thlr. ab,

Belour-Paletots
zu auffallend billigen Preisen
empfohlen

Johanna Slomowska,
Wilhelmsstr. 9, im Hause des Herrn Jakob
Appel.

Sehr billig!

Seelenwärmere, Pellerinen, Kinderjäckchen,
Handschuhe, Westen, Shants, Samaschen,
Kinderchuhe, große und kleine Tücher, Hau-
ben, Handschuhe, Knabenmützen, Röcken in
größter Auswahl zu bekommen in der Woll-
waren-Fabrik

M. J. Guttmann,
Breitestr. 7, 1 Treppen.

Maschinenfabrik
von **G. Söhlmann**
in Wurzen bei Leipzig

empfiehlt sich zur Anfertigung von transpor-
tablen, liegenden und stehenden Dampf-
maschinen nach den neuesten Systemen;
Transmissionen jeder Größe; Hardholzraspeln;
Mühlen- und Brenner-Einrichtungen, sowie
allen landwirtschaftlichen Maschinen.

Bauart nachweislich solid und gut, Preise
billig.

Ein Mahagoni-Flügelinstru-
ment, gut im Ton und Zustande, sowie
Möbel und andere Haus- und
Wirtschaftsfachen stehen bis zum 20. d. M.
zum Verkauf. St. Martin Nr. 80, 1 Kr.

Einige Preis-Medaillen in Bromberg 1868
und Königsberg i. P. 1869.

Jagd-Gewehre,

Fabrikat von **Jos. Offermann**,
Büchsenmacher in Köln am Rhein.
Einfache Jagdgewehre . . . von 2½ Lb an,
Doppelte . . . 5½ Lb . . .
do. Damasc und Patent . . . 10½ Lb . . .
Revolver, Büchsen, Jagdgeräthe jeder Art,
empfiehlt in großer Auswahl, bei 14-tägiger
Probe und jeder Garantie.

Jos. Offermann's Filiale,
Königsberg i. P., Münzstr. 28.

Große Auktion

von Oelgemälden.

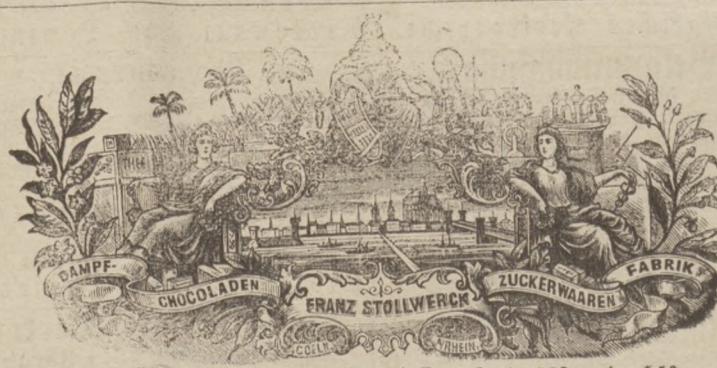
Freitag den 19. c., früh von 10 Uhr
ab, werde ich Neuestraße Nr. 5, Bazar,
früher Hebanowitscher Laden
eine große Sammlung Oelgemälde
verschiedener Meister der Düsseldorfer,
Münchner und Dresdener Schule
gegen sofortige Baarzahlung öffentlich meist-
bietet versteigern.

Drange, Auktionator.
Donnerst. Ab. lebende Fische, à Pfd. 4½ Sgr.
bei **H. Briske Wwe.**

Selbstschmierende Stopfbüchsen-Schnur nach System Miller.

Den Herren Dampfmaschinen-Besitzern empfiehle ich
meine neue, sehr praktische Stopfbüchsen-Verpackung, welche
sich selbst schmiert und hierdurch bedeutende Ersparnisse an
Fett und Oel herbeiführt, bestens, und lade ergeben zu gef.
Versuchen ein. Muster, Prospekt und Gebrauchs-Anweisung
stehen franko zu Diensten.

Frankfurt a. Oder, Hochachtungsvoll
im November 1869. **Emanuel A. R. Blancke.**



Die Dampf-Chocoladen von Franz Stollwerck & Söhne in Köln a. Rh. sind
garantiert rein, ohne jegliches Surrogat. Die Tafel-Chocoladen sind versiegelt und tragen
auf der Etiquette obige Fabrikmarke, worauf man achten wolle. Die courantesten Sorten
find auf Lager in

Posen bei **A. Ciehowiez** und
L. Kletschoff.

Birnbau bei G. Stargardt.

Borek bei Th. Kaetzler.

Fraustadt bei A. Günther.

Gostyn bei Kond. Fr. Piatkowsky.

Grabow bei M. Friedewald.

Janowice bei F. W. Jensch.

Kosten bei W. Feldmann.

Lissitz bei J. R. v. Putiatycki.

Mejeritz bei H. Stiller.

Mogilno bei Leop. Wrzeszinski.

Nentomysl bei Alex. Maennel.

Ostrowo bei C. Zakobielski

Pinne bei J. A. Borchardt.

Rawicz bei Kond. Gudenz's Wwe.

Rogasen bei L. Zerenze.

Samter bei J. J. Krüger.

Schneidemühl bei Gebr. Arndt.

Schrömm bei Casp. Sebastian.

Schroda bei Fischel Baum.

Schwerin bei A. Jastrow's Wwe.

Witkowo bei Jac. Berne.

Wollstein bei Kond. Aug. Zeidler.

Zerkow bei Apoth. Kuntner.

Haar-Essenz
zur Stärkung der Kopfhaut, bewährt gegen
das Ausfallen der Haare, à flacon 12½ Sgr.
in **Dr. Mankiewic's Apotheke**.

Durchsichtige, wirk-
lich echte Glycerinseife
in Stücken, welche die
Haut fein u. geschmeidig
erhält, hat in Com-
mission

Frenzel's
Niederlage,
Wilhelmspl. 6.

Fr. Hecht u. Band. Donnerst. Ab. **Geleischoff**.

Frischen grünen
Lachs empfingen
W. F. Meyer & Co.
Wilhelmsplatz 2.

Hochfeine
Punsch-Extracte
von Selner und Anderen
empfiehlt

Frenzels
Niederlage,
Wilhelmspl. 1.

Das Spielen der allerneuesten herzoglichen
Braunschweiger Staatsprämien-Loose
ist in allen Staaten gefüllt erlaubt.

Am 20. November d. J. beginnt die Biehung
der vom Staate Braunschweig garantierten Prämien-Verlosung. Die Haupt-
treffer, welche bestimmt entschieden werden, sind:
Thaler 100,000, 60,000, 40,000,
20,000, 15,000, 2 à 12,000, 2 à
10,000, 2 à 8,000, 4 à 5,000, 6 à
4,000, 2 à 2,000, 130 à 1000 und
über 30,000 kleinere Gewinne.

Der niedrigste Gewinn deckt den Einsatz.

Zu diesem äußerst vortheilhaftesten Glückspiel offerire ganze Original-
Loose (keine Promessen) à Thlr. 4, halbe
Original-Loose à Thlr. 2, viertel
Original-Loose à Thlr. 1.

Aufträge werden gegen Einsendung des Be-
trages oder durch Postnachnahme prompt
ausgeführt. Loose und amtlich attestirte Ge-
winnlisten sofort nach Entscheidung und

Da der Vorrauth schnell vergriffen sein dürfte,
so wende man sich baldigst vertrauensvoll an
die Staatslotterien-Handlung von

D. Kaufmann,
Hamburg.

Wohnungs-Anzeige.
Eine freundliche Wohnung, bestehend aus 4
Stuben, Küche, Küche, Keller und Boden, ist
vom 1. Dezember oder 1. Januar ab zu ver-
mieten bei **C. Reiche**,

vor dem Berliner Thor.

Wronkerstr. 10, 1. St. links, möbl. Zimmer g. v.

St. Martin 4 ist vom 1. Januar f. 1
ein Eiskeller zu vermieten.

Ein Laden, str. Ecke Breslauer-
Näheres Bäderstraße 13 b, 2 Tr.

Halbdorfstr. 15, Parterre, sind 2 gut
möbl. Räume, gleich oder vom 1. t. M. zu verm.

Ein möbl. Raum für 1 oder 2 Herren mit sep-
t. Ging. g. 1. Dez. c. b. Petersdorff, Wronkerstr. 7.

Eine möbl. Stube ist billig zu vermieten
Schifferstr. Nr. 13, eine Treppe links.

Ein möbl. großes Zimmers, Zimmer, vorne
heraus, auch Bett, zu verm. St. Adalbert
4142, drei Treppen links.

Dominium Santomysl

sucht einen unverheiratheten Forst-Schutz-
beamten zum sofortigen Antritt.

Eine Erzieherin, die auch der Hausfrau
zur Seite stehen kann, wird sofort auf ein
Gut in der Nähe von Posen gesucht. Adres-
sen werden sub **A. Z. 1** poste rest. Bus-
terben.

Ein junger Mann mit angenehmen Neu-
hern, ohne Unterschied der Konfession, der der
polnischen Sprache völlig mächtig und gut
empfohlen ist, findet in meinen Modewaren-
Confektions- und Pelz-Geschäft unter sehr günsti-
gen Bedingungen sofort ein Engagement.
Moritz Meyer,
Thorn.

Durch das Plazirungs-Bureau
von

E. Anders, Gr. Ritterstraße 14,
können gute Stellungen erhalten: eine Bonne
(Französin), mehrere im Schneiderin geübte
Jungfern und Stubenmädchen.

Einen Lehrling (Sekundaner) suche ich für
meine Apotheke.

Dr. Mankiewic.

zu den am 1. und 2. Dez. d. J. stattfindenden Ziehung der

Prenz.-Frankfurter Lotterie

mit Gewinnen und Prämien von

1 Million 780,920 Gulden,

eingetheilt in solche von

Gulden 200,000, ev. 2 à 100,000, 50,000, 25,000, 20,000, 15,000,
12,000, 10,000, 8000, 5000, 4000 u. s. f. nebst 7600 Freilose, erlaßt
ich ganze Originalloose (keine werthlose Anteilscheine) zur plannmäßigen
Einzahlung von Thlr. 3. 13 Sgr., halbe Thlr. 1. 22 Sgr. und viertel 26 Sgr.

Diese Originalloose repräsentieren zu allen ihren Biehungslinien die volle Einzahlung,
weshalb auch während der ersten fünf Klassen ein Verlust gar nicht eintreten kann.
Der amtliche Plan wird jeder Befüllung gratis beigelegt, ebenso die Gewinnlisten
nach jeder Biehung sofort zugesandt und die Gewinne prompt ausgezahlt.

Man wolle sich daher mit seinen Befüllungen baldigst wenden an

Briefe und Gelder er-
bitte mir franco; lez-
tere können auch per Post-
einzahlung oder durch
Postvorfuß berichtet
werden.

Samuel Goldschmidt,
Hauptkasse, Frankfurt am Main,
Döngesgasse 14.

Dez. 8th Br., Dez.-Jan. 8th Br., Jan.-Febr. 8th, b.^z. — Spiritus pr. 8000% loto ohne Bäh 14th a 17th, R.^t b.^z, loto mit Bäh —, per diesen Monat 14th a 17th b.^z, u. Br. 14th Gd., Nov.-Dez. do., Dez.-Jan. do., Jan.-Febr. 14th a 17th b.^z, April-Mai 15th a 20th b.^z, 15 Br., 14th Gd., Mai-Juni 15th a 17th b.^z, Juni-Juli 15th a 17th b.^z, Juli-August 15th a 17th b.^z — Mehrl. Weizenmehl Nr. 0 4th a 4th R.^t, Nr. 0. u. 1. 4th — 3th R.^t, Roggenmehl Nr. 0 3th — 3th R.^t, Nr. 0. u. 1. 3th — 3th R.^t, pr. Ctr. unversteuert egl. Sad. — Roggenmehl Nr. 0. u. 1. pr. Ctr. unversteuert innl. Sac. per diesen Monat 3 R.^t, 9th Sgr. b.^z, Nov.-Dez. 3 R.^t 7th Sgr. b.^z, Dez.-Jan. 3 R.^t 7th Sgr. Br., Jan.-Febr. 3 R.^t 6th Sgr. Br., April-Mai 3 R.^t 5th Sgr. Br.

(B.G. 8.)

Stettin, 16. Novbr. [Amtlicher Bericht.] Wetter: regnig. Thermometer: +7° R. Barometer: 28.2. Wind SW. — Weizen flau, p. 2125 Pfd. gelber inländ. 56—61 R.^t, hunder poln. 56—59 R.^t, ungar. 53—61 R.^t, 83,85 Pfd. gelber pr. Nov. 61 b.^z, Frühjahr 63—62 b.^z, Br. u. Gd. — Roggen flau und niedriger, p. 2000 Pfd. loto 77,78 Pfd. 43—44 R.^t, besserer 44—45 R.^t, feinstes 46 R.^t, pr. Nov. 45th, 45, 45th b.^z u. Gd., Nov.-Dez. 44 Br., Frühjahr 44, 43th, 43th b.^z, April-Mai 44 b.^z, — Getreiematt, p. 1750 Pfd. loto oberdr. 37th—38th R.^t, märl. 38 R.^t, — Hafer flau, p. 1800 Pfd. loto 25th—27 R.^t, 47,58 Pfd. pr. Nov. 26th Gd., Mai-Juni 27 Gd., — Erbsen ohne Umlauf, — Rüböl matt. loto 12th R.^t, Br., pr. Nov. 12 b.^z u. Br., Nov.-Dez. 12 Br., April-Mai 12th R.^t, Br., — Rapssuchen loto 2 R.^t 13th Sgr. Br., — Spiritus flau, loto ohne Bäh 14th a 17th, R.^t 14th b.^z, Nov.-Dez. 14 b.^z u. Br., Frühjahr 14th b.^z, Mai-Juni 14th Br., Juni-Juli 15th b.^z, — Angemeldet: 20,000 Quart Spiritus. — Regulierungskurse: Weizen 61 R.^t, Roggen 45th R.^t, Rüböl 12 R.^t, Spiritus 14th R.^t, — Petroleum loto 8th b.^z, 1 R.^t b.^z u. Br., furze Liefgr. 8th b.^z, Nov.-Dez. 8th Br., Dez.-Jan. 8th Br., Jan. 8th b.^z, Jan.-Febr. 8th Br., — Baumöl, Malaga in kleinen Gebinden 18 R.^t b.^z, — Leinsamen, Pernauer schwimmend ex Schiff 11th, 1th 10th, 1 R.^t nach Marke b.^z, pr. Febr. 12th ges. (Ostf.-B.)

Breslau, 16. Novbr. [Amtlicher Produktions-Börsenbericht.] Kleesaat rothe fest, ordinär 10—11, mittel 11—12th, fein 13—14, hochfest 14th bis 15. Kleesaat weiße ohne Ränderung, ordinär 13—15, mittel 17 bis 19th, fein 21—22th, hochfest 24—25th, — Roggen (p. 2000 Pfd.) niedriger, pr. Novbr. 43th—43 b.^z u. Br., Nov.-Dez. 42th — b.^z u. Br., Dez.-Jan. 42 Br., April-Mai 42 Br., — Weizen pr. Nov. 62 Br., — Getreie pr. Nov. 46th Br., — Hafer pr. Nov. 43th Br., Frühjahr 42th Br., — Raps pr. Nov. 114 Br., — Lupinen beachtet, p. 90 Pfd. 48 50 Sgr., — Rüböl matt, loto 12th Br., pr. Nov. und Nov.-Dez. 12—12th b.^z, Dez.-Jan. 12th Br., April-Mai 12th b.^z u. Br., — Rapssuchen begeht, pr. Ctr. 72—73 Sgr., — Beinkuchen fest, pr. Ctr. 88—90 Sgr., — Spiritus nahe Termine matter, loto 14th Br., 13th Gd., pr. Nov. u. Nov.-Dez. 14 Gd., Dez.-Jan. 14 Gd., April-Mai 14th—15th b.^z, Br. u. Gd., — Raps ohne Umlauf.

Die Börsen-Kommission. (Bresl. Hdls.-Bl.)

Telegraphische Börsenberichte.

Köln, 16. Novbr., Nachmitt. 1 Uhr. Regen. Weizen flau, hiesiger loto 6, 15, fremder loto 6, 5, pr. Novbr. 6, 4, pr. März 6, 3, pr. Mai 6, 4th. Roggen gewichen, loto 5, 12, pr. Novbr. 5, 2th, pr. März 5, 1, pr. Mai 5, 1. Rüböl matter, loto 13th, pr. Mai 13. Getreide loto 11th. Spiritus loto 19.

Breslau, 16. Nov. Nachm. Spiritus 8000% Tr. 14. Roggen pr. Novbr. 48, pr. Nov.-Dez. 42th, pr. Frühj. 42. Rüböl pr. Nov. 12, pr. Frühj. 12th. Raps matter. Raps fest.

Hamburg, 16. Nov., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Güntig. Getreidemarkt. Weizen loto billiger, Roggen ruhig, beide auf Termine flau. Weizen pr. Nov. 5400 Pfd. netto 10th Bankothaler Br., 109 Gd.,

Breslau, 16. November. Auch heute war das Geschäft nur in österreichischen Kredit- und Lombarden animirt, von welchen erstere bei einer Steigerung von 2 p.Ct. leitere zu unveränderten Kursen umgesetzt worden sind. Im Uebrigen waren die Umsätze und Variationen nicht von Belang. Derartige Umsätze und Variationen nicht von Belang. — Die von den Zeitungen in verschiedenster Darstellung gebrachte Nachricht, daß der Abgeordnete Berger (Posen) durch den Wagen F. K. H. des Prinzen Karl von Preußen selbst von Preußen oder Sr. K. H. des Prinzen Karl von Preußen überfahren sein sollte, ist unbegründet.

Offiziell gefündigt: 1000 Ctr. Roggen und 25 Ctr. Spiritus. — Refixirt: 2000 Ctr. Roggen Nr. 1329—30.

Schluskurse! Destr. Loose 1860 —. Minerva 45th b.^z u. Br. Schlesische Bank 118th Br. Destr. Kredit-Bantien 126th G. Oberösterreichische Prioritäten 73 B. do. do. 81th B. do. Lit. F. 88th B. do. Lit. G. 88th b.^z Richte Ober-Ufer-Bahn St. Prioritäten 98th B. Breslau-Schweid.-Kreis. 112 B. Oberösterreich. Lit. A. u. O. 181th B. Lit. B. —. Richte Ober-Ufer-Bahn 90th B. Rosel.-Oberberg 110th B. Amerikaner 89th B. Italienische Anleihe 52 G.

Berlin, 16. Novbr. Die besseren Wiener Notierungen gaben dem Markt für frende Spekulationspapiere eine feste Haltung; namentlich waren österreichische Kreditaletien höher und in gutem Verkehr. Auch 1865er Amerikaner wurden viel gehandelt; Bank- und Industriepapiere blieben still, nur Minerva höher und belebt. Eisenbahnen ohne Leben, aber ziemlich fest. Alle anderen Papiere waren noch stiller als in den letzten Tagen. Die inländischen Bonds etwas matter; Danziger Stadtanleihe wurden mit 95% gehandelt. Österreichische Bonds waren fest. Von russischen Effekten waren Prämienanleihen mäßig belebt, doch waren immer noch grohe Deckungsbedürfnisse vorhanden. In Boden-Kredit gingen große Posten um; auch Liquidations-Pfandbriefe waren leicht. Russische Eisenbahnen waren durch Verkäufe zwar gedrückt, aber auch belebt. — Wechsel waren matter. — Sächsische Hypotheken-Pfandbriefe 48th bez. — Schluß der Börse fest.

Ausländische Bonds.

Berlin, den 16. November 1869.

Preußische Bonds.

Großbritannische Anleihe 4th 95th B. 101th etw b.^z 17th b.^z

Staats-Anl. v. 1865 5th 101th etw b.^z 17th b.^z

do. 1854, 5th A. 4th 93th b.^z

do. 1857 93th b.^z

do. 1859 93th b.^z

do. 1860 93th b.^z

do. 1861 93th b.^z

do. 1862 93th b.^z

do. 1863 93th b.^z

do. 1864 93th b.^z

do. 1865 93th b.^z

do. 1866 93th b.^z

do. 1867 A.B.D.O. 93th b.^z

do. 1850,52 etw. 84th b.^z

do. 1852 93th b.^z

do. 1853 93th b.^z

do. 1854 93th b.^z

do. 1855 93th b.^z

do. 1856 93th b.^z

do. 1857 93th b.^z

do. 1858 93th b.^z

do. 1859 93th b.^z

do. 1860 93th b.^z

do. 1861 93th b.^z

do. 1862 93th b.^z

do. 1863 93th b.^z

do. 1864 93th b.^z

do. 1865 93th b.^z

do. 1866 93th b.^z

do. 1867 93th b.^z

do. 1868 93th b.^z

do. 1869 93th b.^z

do. 1870 93th b.^z

do. 1871 93th b.^z

do. 1872 93th b.^z

do. 1873 93th b.^z

do. 1874 93th b.^z

do. 1875 93th b.^z

do. 1876 93th b.^z

do. 1877 93th b.^z

do. 1878 93th b.^z

do. 1879 93th b.^z

do. 1880 93th b.^z

do. 1881 93th b.^z

do. 1882 93th b.^z

do. 1883 93th b.^z

do. 1884 93th b.^z

do. 1885 93th b.^z

do. 1886 93th b.^z

do. 1887 93th b.^z

do. 1888 93th b.^z

do. 1889 93th b.^z

do. 1890 93th b.^z

do. 1891 93th b.^z

do. 1892 93th b.^z

do. 1893 93th b.^z

do. 1894 93th b.^z

do. 1895 93th b.^z

do. 1896 93th b.^z

do. 1897 93th b.^z

do.